

Freiheit .org

Freiheit .org



## Wurzeln. Werte. Neue Wege.

*Liebe Lesenden und Leser,*

das Jahr 2015 war für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ein Jahr der Veränderungen. Wir haben uns in unserer politischen Bildungsarbeit auf die liberalen Kernthemen Bildung, Soziale Marktwirtschaft und eine offene, freie Gesellschaft angesichts des digitalen Wandels fokussiert.

Unsere Kommunikationsstrategie ist neu aufgesetzt und soll mehr Bürgerinnen und Bürger für unsere Themen und Veranstaltungen interessieren. Mit neuem Anspruch an uns und auch mit einem neuen Design wollen wir begeistern und so für die Freiheit werben.

Das ist auch bitter nötig, denn die Freiheit ist in Deutschland, Europa und weltweit unter Druck. Wir können aus unserer Präsenz in mehr als 60 Ländern feststellen: Demokratie und Soziale Marktwirtschaft entwickeln sich weltweit zurück. Zugleich steigt der Einfluss von Religion auf politische Institutionen und Rechtsordnungen. Viele Regierungen schränken Freiheit und Bürgerrechte immer stärker ein, um ihre eigene Macht zu sichern. Selbst in relativ stabilen Demokratien sind Regierungen oft nicht in der Lage, politische und soziale Konflikte zu entschärfen.

Diese Entwicklungen schränken unsere Arbeit in der Welt zunehmend ein. Ebenso gerät das europäische Integrationsmodell durch die unkontrollierte Zuwanderung, die schwelende Schuldenkrise und autoritäre Regierungen in einigen EU-Ländern in Bedrängnis. Selbst in unserem Land werden zunehmend die Erfolgsfaktoren der letzten Jahrzehnte weniger geschätzt und beachtet: ein effektiver Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft und Investitionen in Bildung und Innovationen und nicht zuletzt die Freiheit als normativer Wert.

Die Stiftung für die Freiheit ist vor fast sechs Jahrzehnten gegründet worden, um solchen Herausforderungen zu begegnen. Wir machen uns fit, um für Sie auch in Zukunft die Stiftung für die Freiheit zu sein.

Der Jahresbericht 2015 vermittelt Ihnen einen Überblick, wo wir stehen und wo wir hinwollen. Sie sind herzlich eingeladen, sich am Projekt der Freiheit zu beteiligen:

Hier in der Stiftung für die Freiheit!

*Steffen Saebisch*

**Steffen Saebisch**

Hauptgeschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## 06 Highlights



- 08 Zukunftswerkstatt: Innovationsmotor Stiftung
- 10 Die neue Online-Heimat der Freiheit: freiheit.org
- 12 Zhanna Nemzowa: Meinungsfreiheit in Russland
- 14 Raif Badawi Award: Pressefreiheit in Marokko
- 16 25 Jahre Einheit: Was wir jetzt brauchen

## 18 Offene Gesellschaft



- 20 Nach den Paris-Attentaten:  
Drei Fragen an Dr. Wolfgang Gerhardt
- 24 Liberale Antworten: Thesen zur Flüchtlingssituation
- 26 Liberals should welcome migration:  
60. Kongress der Liberal International

## 28 Bildung



- 30 Kiron Open Higher Education: Bildung für Flüchtlinge
- 32 Bildung vernetzt: Stipendiaten in Aktion
- 34 Seminar mit System: Ideenwerkstatt für Bildungsexperten  
aus dem Ausland
- 36 Hilfe zur Selbsthilfe: Syrische Flüchtlinge im Libanon  
und in Jordanien

## 38 Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft



- 40 Mehr Wachstum und Transparenz mit TTIP: Neues Zeitalter  
für die EU-Handelspolitik
- 42 Mindestlohn zur Unzeit: Integration von Flüchtlingen
- 44 E-Commerce: Start-ups in die Startlöcher
- 46 Klebefleisch und Analogkäse: Lebensmittelsicherheit oder  
Panikmache?
- 48 Vereinte Jungunternehmer: Israelis und Palästinenser  
gehen gegen Fundamentalisten vor

## 50 Digitale Gesellschaft



- 52 freiheit-digital.de: Die Kampagne für Freiheit in der digitalen Welt
- 54 Datensammelwut versus Privatsphäre: Eine Herausforderung  
für den Rechtsstaat
- 56 Big Brother nach der Revolution: Tunesien im Kampf  
um Datenschutz
- 58 #turnaroundcamp: Umkehr im Denken

## 60 Internationale Politik



- 62 Die USA im Wahlkampfieber: Moderne Strategien
- 64 Ende einer populistischen Irrfahrt: Neuanfang für Argentinien
- 66 Europas Zukunft im Comic: Animate Europe
- 68 Liberalismus in der Ukraine: Interview mit Stiftungspartner  
Anatoli Grizenko

## 70 Allgemeines

- 72 Mit starker Stimme für die Freiheit: Dr. Wolfgang Gerhardt im Interview
- 73 Die Stiftung für die Freiheit im Wandel: Bericht des Kuratoriums  
zur Gremienarbeit 2015
- 74 Zum Selbstverständnis politischer Stiftungen
- 75 Im politischen Dialog in über 60 Ländern der Erde

## 76 Die liberale Bilanz

- 78 Die finanziellen Mittel der Stiftung
- 79 Quellennachweis der Gesamteinnahmen
- 80 Die Aufteilung der Mittel
- 81 Mitarbeiter
- 81 Begabtenförderung
- 82 Das Geschäftsjahr 2014
- 84 Danksagung an Stifter, Spender und Sponsoren
- 84 Impressum

A woman with dark hair, wearing a black blazer over a bright pink top, stands on a balcony. She is looking off to the side with a thoughtful expression. In the background, the Brandenburg Gate in Berlin is visible, including the Quadriga statue on top. The sky is overcast.

## Für Demokratie und Meinungsfreiheit.

Damit Diktaturen und politische Dogmen in keinem Land der Erde eine Zukunft haben.

**Zhanna Nemzowa**  
Russische Journalistin und Moderatorin

Deutschland ist ein Land mit großen Potenzialen und voller innovativer Ideen. Diese Potenziale für die Gesellschaft vermittelbar zu machen, ist unsere Aufgabe. Wir wollen mehr Menschen mit unserer Arbeit erreichen und gehen so neue Wege: innovativ, kommunikativ, neugierig und ehrgeizig.

Am 25. September 2015 haben wir damit angefangen – und eine Zukunftswerkstatt an unserem Sitz in Potsdam veranstaltet. Unsere Mitarbeiter trafen 350 politisch interessierte Gäste und Stakeholder aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie vernetzten sich und erarbeiteten in zahlreichen Workshops Thesen und Lösungen für die künftige Arbeit der Stiftung.

Namhafte Vertreter aus Politik, Journalismus und Wissenschaft beteiligten sich: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Martin Zeil, Markus Löning, Jimmy Schulz, Dr. Hermann Otto Solms, Prof. Dr. Wilfried Bos (Schulentwicklungsforschung, TU Dortmund), Michael Efler (Bundesvorstandsmitglied Mehr Demokratie e.V.) und Annika Arras (Campaignerin der Estnischen Reformpartei), ebenso wie die Journalisten Günter Ederer, Ingo Hoppe, Boris Reitschuster und Ursula Weidenfeld.

„Die Zukunftswerkstatt war notwendig und wichtig“, so Steffen Saebisch, Hauptgeschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, „sie brachte viele Impulse und Ideen hervor, welche wir in die Konzepte und Planungen der Stiftung aufnehmen werden.“



- Wie fit ist Deutschland für die Zukunft?
- Wie wollen wir in einer offenen Gesellschaft leben?
- Wie wandeln sich politische Organisationen?
- Welche Kommunikationsform ist die beste für mich und mein politisches Engagement?

## Zukunftswerkstatt: Innovationsmotor Stiftung



Die Zukunftswerkstatt bot vielfältige Angebote zum Informieren, Kontaktieren und Mitmachen.

# Die neue Online-Heimat der Freiheit: **freiheit.org**

Für den digitalen Auftritt unserer Stiftung hat eine neue Zeitrechnung begonnen. Freiheit.org ging am 25. September 2015 in neuer Form online. Dafür ließen wir das gesamte Layout überarbeiten, so dass es dem aktuellen State of the Art entspricht. Darüber hinaus richteten wir den Auftritt inhaltlich neu aus. Die aktualisierte Website dient weiterhin als digitale Visitenkarte der Friedrich-Naumann-

Stiftung für die Freiheit, doch stehen jetzt noch mehr als früher die politischen Fragen im Fokus.

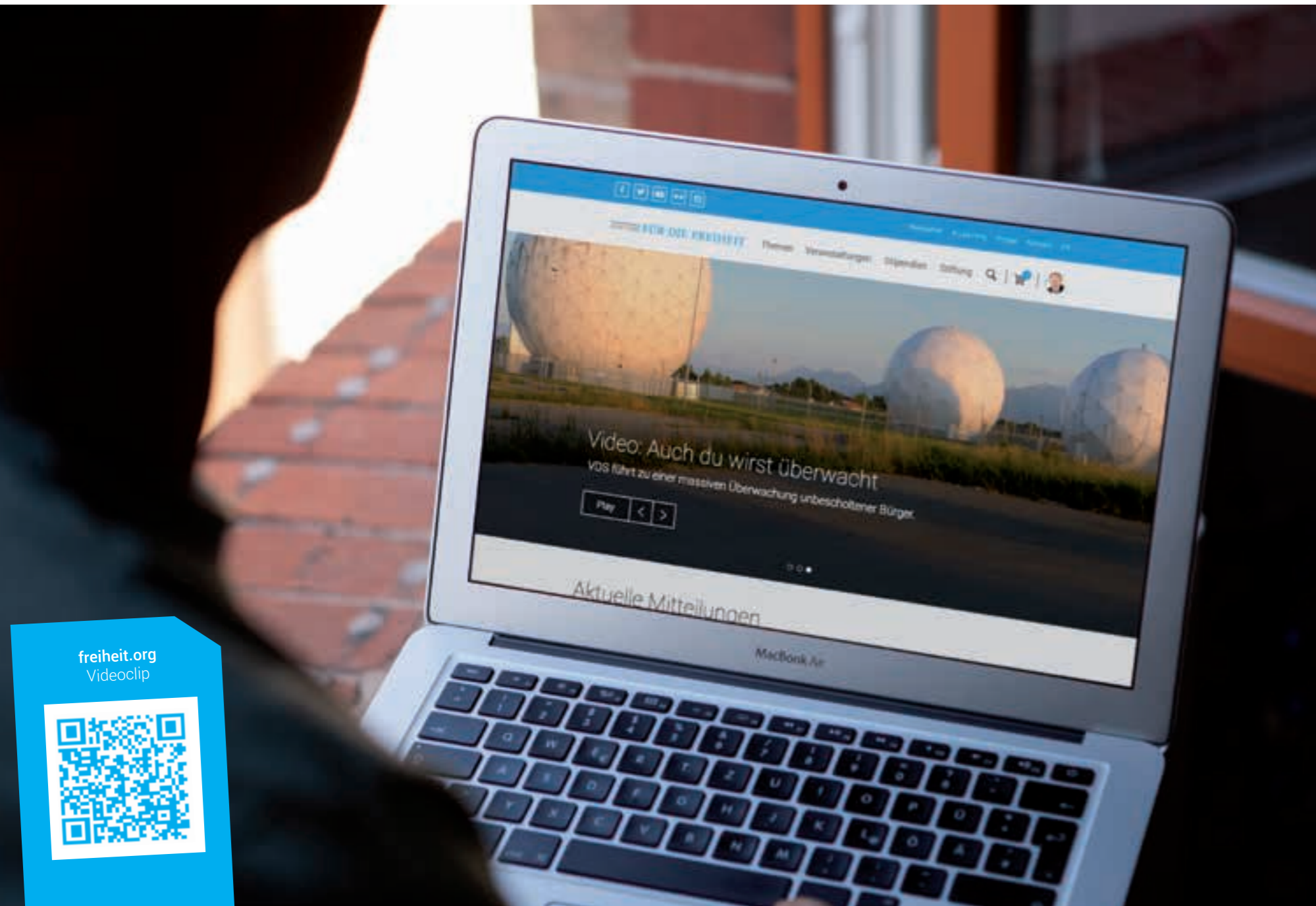
Ob Bildung, offene Gesellschaft oder TTIP – auf diversen neuen Themenseiten sind aktuelle Beiträge, anstehende Veranstaltungen und neue Publikationen zum jeweiligen Thema mit nur einem Klick zu finden.

Für ein verbessertes Online-Erlebnis können wir die auf freiheit.org veröffentlichten Artikel crossmedial verbreiten: Die Einbindung von Videos, Social-Media-Posts und Links sowie der Möglichkeit, sich Hintergrundinformationen herunterzuladen, bietet unseren Nutzern nun einen erweiterten Blick auf die Stiftungsthemen. Nicht nur inhaltlich, sondern auch technisch erlaubt die neue Stiftungswebsite mehr als je zuvor: Alle Inhalte lassen sich auch perfekt von Pads und Smartphones abrufen. Die Nutzer können ein Profil anlegen, das die Anmeldung zu Veranstaltungen und das Bestellen von Publikationen erheblich erleichtert.

Die unmittelbare Integration der eigenen Social-Media-Kanäle ermöglicht es, interessante Inhalte mit der großen liberalen Familie direkt zu teilen. Zudem stärkt sie liberale Positionen im immer relevanter werdenden Online-Diskurs.

Auf der Website freiheit.org gibt es natürlich auch die Möglichkeit, den Newsletter zu abonnieren und so Neuigkeiten aus der Stiftung zu verfolgen. Wer nur über ein bestimmtes Thema informiert werden möchte, für den sind die neu eingeführten personalisierten News-Alerts genau das Richtige. Ein großer Bereich für unsere Stipendiaten sowie eine genaue Auflistung unserer Auslandsbüros stellt sicher, dass auch diese wichtigen Arbeitsbereiche der Stiftung auf der neuen Website vertreten sind.

# Freiheit.org



freiheit.org  
Videoclip



Auf der Zukunftswerkstatt fiel der Startschuss für die neue Website der Stiftung für die Freiheit.



„Nein, Angst habe ich nicht,  
die Putin-Regierung zu kritisieren.“

## Zhanna Nemzowa: Meinungsfreiheit in Russland

Am 27. Mai 2015, Berlin Mitte, auf der Dachterrasse vom Allianz Forum am Pariser Platz – für die Deutschen ein Symbol für Freiheit. Der Ort, an dem die Stiftung jedes Jahr im Frühling die Berliner Rede zur Freiheit veranstaltet. In diesem Jahr verbindet sich mit der Einladung ein trauriger Anlass. Boris Nemzow, strategischer Kopf der liberalen Opposition in Russland, wurde am 27. Februar in Moskau in unmittelbarer Nähe des Kreml auf offener Straße erschossen. Im Angedenken an Boris Nemzow hatte sich unser Vorstandsvorsitzender Dr. Wolfgang Gerhardt entschieden, die Tochter von Boris Nemzow als Rednerin zur

Freiheit einzuladen. Es zeugte vom großen Mut der angesehenen Wirtschaftsjournalistin, nur wenige Wochen nach dem Attentat dieser Einladung nach Berlin zu folgen, auf die Bühne zu treten und auf der 9. Berliner Rede zur Freiheit öffentlich zu berichten, was aus ihrer Sicht Freiheit in Russland bedeutet.

„Nein, Angst habe ich nicht, die Putin-Regierung zu kritisieren“, sagte Zhanna Nemzowa gegenüber Journalisten beim Pressegespräch am frühen Morgen. „Schließlich bin ich die Tochter von Boris Nemzow!“

Trotz der großen Wellen, die der spektakuläre Tod des Putin-Kritikers international schlug, sprach sie offen über die russische Innenpolitik, den Krieg in der Ukraine und das staatlich gelenkte russische Fernsehen. „Der Kreml führt einen Informationskrieg gegen die russische Opposition.“ Die russischen Medien seien in ihren Augen eine effektive Maschinerie der Massenpropaganda. Im anschließenden Gespräch mit Alexander Graf Lambsdorff sah Zhanna Nemzowa die internationale Gesellschaft in der Pflicht, die Verantwortlichen in Russland „zur Raison“ zu bringen.

Dr. Wolfgang Gerhardt bewunderte den großen Mut seines Gastes. Er versicherte, auch weiterhin auf die Menschen in Russland zu bauen, die sich dort für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft einsetzen. Deshalb halte die Stiftung auch an ihren Prinzipien und ihrem Engagement vor Ort fest. Das Interesse an der Veranstaltung war so groß, dass kein Platz im Allianz Forum frei blieb.

Mitte 2015 musste **Zhanna Nemzowa** Russland verlassen, nachdem sie sich massiv bedroht fühlte.



**Zhanna Nemzowa** ist die Tochter des russischen Oppositionsführers **Boris Nemzow**, der im Februar 2015 in Moskau ermordet wurde.

9. Berliner Rede  
zur Freiheit  
Videoclip



## Raif Badawi Award: Pressefreiheit in Marokko

„Beleidigung des Islam“ lautete die Anklage: Der liberale Blogger Raif Badawi gründete 2008 das Online-Forum „Die Saudischen Liberalen“, eine Website über Politik und Religion in Saudi-Arabien. Deshalb verurteilte ihn seine Regierung mehrmals und zuletzt im Mai 2014 zu zehn Jahren Haft und 1.000 Peitschenhieben sowie einer hohen Geldstrafe. Im Januar 2015 wurde er erstmals mit 50 Stockhieben öffentlich ausgepeitscht, was ihn derart lebensbedrohlich verletzte, dass eine weitere Bestrafung vorerst ausgesetzt werden musste.

Wenige Monate danach rief Badawis Ehefrau, Ensaf Haidar, gemeinsam mit der international media alliance e. V. den Raif Badawi Award for courageous journalists ins Leben. Er soll den mutigen Einsatz für Meinungsfreiheit von Journalisten in der arabischen Welt auszeichnen.

„Der Preis bedeutet Raif und mir sehr viel. Wir wollen diejenigen unterstützen, die sich wie Raif mit ihrem Einsatz für Freiheit in Gefahr gebracht haben“, so Ensaf Haidar. Um Badawis Kampf für eine freiheitliche Gesellschaft zu unterstützen, engagieren auch wir uns als Mitträger des Awards.

Die achtköpfige Jury würdigte den marokkanischen Journalisten Ali Anouzla als ersten Preisträger. Sie wählte ihn wegen seiner unabhängigen Berichterstattung aus und vergab den Preis am 13. November 2015 auf dem Bundesmedienball in Berlin.

Vorstandsmitglied Sabine Leutheusser-Schnarrenberger würdigte den Preisträger in ihrem Grußwort: „Die unabhängige Jury hat mit Ali Anouzla einen – wie ich finde – ganz besonders würdigen Preisträger ausgewählt. Sein Mut und seine Unbeugsamkeit sind uns ein Ansporn und eine Verpflichtung zugleich – für unsere weltweite Arbeit, aber auch für unser Leben hier in Deutschland.“

Raif-Badawi-Award  
Themenseite



Ali Anouzla unterstrich in seiner Danksagung die Bedeutung des Preises für seinen persönlichen Weg und gedachte besonders Raif Badawis: „Mein erster Gedanke gilt dem Namensgeber Raif Badawi in seiner weit von uns entfernten Zelle und seiner Familie, ganz besonders seiner mutigen Frau. Gleichzeitig bin ich stolz auf diese Auszeichnung, die der Freiheit gewidmet ist. Freiheit ist niemals eine sichere Angelegenheit für die Ewigkeit, selbst

in den demokratischsten und liberalsten Ländern unserer heutigen Welt. Sie ist, wie alle kostbaren Werte, zerbrechlich und muss stets durch Bildung erhalten, durch Wissen geschützt und durch unseren Mut, sie jeden Tag voll und ganz auszuleben, gewahrt werden. Dieser Preis würdigt die Pressefreiheit, Garant der Demokratie. Denn sie ermöglicht uns, andere Freiheiten zu schützen und zu verteidigen, wenn diese verletzt oder angegriffen werden.“

„Der Preis bedeutet Raif und mir sehr viel. Wir wollen diejenigen unterstützen, die sich wie Raif mit ihrem Einsatz für Freiheit in Gefahr gebracht haben.“



Ali Anouzla und Ensaf Haidar, Ehefrau von Raif Badawi, bei der Preisverleihung im November 2015 in Berlin



# 25 Jahre Einheit: Was wir jetzt brauchen

„Der Osten braucht – mehr noch als der Westen – risikobereite Start-up-Unternehmer.“



Im Oktober fanden in Berlin die Deutschen Gründer- und Unternehmertage mit mehr als 6.000 Teilnehmern statt.

Die Begegnungsstätte „Deutsche Einheit“ in Halle/Saale hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Wissen um die deutsche Geschichte und den steinigen Weg der Freiheit ins Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Das erreicht sie mit Veranstaltungen wie Lesungen, Diskussionen und persönlichen Erfahrungsberichten zu veranschaulichen.

Im 25. Jahr der Wiedervereinigung ließen wir Bürgerrechtler und vom DDR-Regime verfolgte Menschen auf Podien und in Gesprächen zu Wort kommen. Zudem klärten wir über die Methoden des DDR-Regimes in Kooperation mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“, einem ehemaligen Gefängnis der Staatssicherheit, auf.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, veröffentlichte im Debattenmagazin liberal, was Deutschland jetzt brauche, um noch immer bestehende Ungleichgewichte zwischen den alten und neuen Bundesländern auszugleichen. Seine drei Thesen lauten:

### 1 Gründerszene stärken!

„Der Osten braucht – mehr noch als der Westen – risikobereite Start-up-Unternehmer. Sie sind Träger jener Kultur der Innovation, die allein verspricht, den verbleibenden Rückstand zum Westen zu beseitigen. Vor allem gilt es, Bürokratie abzubauen und dem Mittelstand das Leben zu erleichtern. Dazu braucht es keine großen Förderprogramme, wohl aber einen wachsenden Markt für Risikokapital, auch – wo nötig – mit angemessener Anschubfinanzierung durch den Staat.“

### 2 Bildung und Forschung stärken!

„Der Osten braucht – mehr noch als der Westen – eine Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung seiner Universitäten und Fachhochschulen. Sie sind es, um die jene Atmosphäre der Innovation entstehen kann, die Talente erst schafft und von außen anzieht. Trotz knapper Kassen müssen diese Zentren der Exzellenz wettbewerbsfähig bleiben. Dafür müssen die ostdeutschen Länder selbst, aber auch der Bund sorgen – egal, was derzeit noch überkommene Regeln des Föderalismus festschreiben.“

### 3 Wachstumszentren stärken!

„Der Osten braucht – mehr noch als der Westen – dynamische Ballungszentren. Diese werden immer mehr zu den Wachstumspolen der Innovation, nicht zuletzt infolge der demografischen Veränderung unserer Gesellschaft. Dies gilt für die Metropole Berlin mit ihrer enormen Ausstrahlungskraft. Es gilt aber auch für die Universitäts- und Industriestädte Dresden, Erfurt, Halle, Leipzig, Magdeburg und Rostock und ihr Umfeld. Sie alle gilt es, zu stärken und attraktiv zu machen.“

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué  
Artikel





## Für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Sie sind das Fundament für die demokratische,  
wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung  
jedes Landes.

**Helen Zille**  
Premierministerin der Provinz Westkap  
in Südafrika und Trägerin des Freiheitspreises 2014



**Dr. Wolfgang Gerhardt**  
Vorsitzender des Vorstandes  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Nach den Paris-Attentaten: Drei Fragen an Dr. Wolfgang Gerhardt

Die Menschen stehen unter Schock nach den Anschlägen von Paris am 19. November 2015. Sind die Angriffe nur eine Reaktion auf das französische Militärengagement in Syrien oder Angriffe auf den Westen insgesamt und seine liberale Lebensart?

Die Anschläge mögen mit dem militärischen Engagement Frankreichs zu tun haben – doch zielt dieser Anschlag, wie andere zuvor, auf den sozialen Zusammenhalt freier Gesellschaften. Es ist ein Angriff auf die Kultur der Freiheit und des friedlichen Zusammenlebens.

Die Attentate gehen über das bisher Gewohnte hinaus. Lassen sich Attentate wie diese mit den Mitteln der Politik überhaupt verhindern? Oder müssen wir vielleicht lernen, mit solchen Ereignissen zu leben?

Das will ich nicht hoffen. Solche Anschläge sind in freien Gesellschaften kaum zu verhindern, wenn die Täter dabei entschlossen vorgehen. Denn es kann bei uns nicht an jeder Tür ein Polizist stehen. Wir könnten uns jedoch stärker unsere eigenen Werte bewusst machen. Das ist in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden. Der Historiker Heinrich August Winkler hat dem Westen vorgeworfen, seine Werte in letzter Zeit zu viel dementiert zu haben. Das ist auch mein Eindruck. Es geht darum, sich gegenüber jedermann entschlossen argumentativ verteidigen zu können. Das erfordert Mut im Alltag statt ignoranter Toleranz. Alles zu verstehen bedeutet nicht, alles zu billigen. Beileidsbekundungen kamen nach den Anschlägen aus aller Welt.

Von einer weltweiten, aktiven Allianz gegen den Terror sind wir aber weit entfernt. Gibt es dafür überhaupt Perspektiven? Am Beispiel Syriens sehen wir: Jedermann will den Terror bekämpfen, aber jeweils die Konfliktpartei, die er für die eigentlichen Terroristen hält. Das sieht man daran, wie Russland dort interveniert. Wir müssen uns wieder auf die Basis der Werte besinnen, die alle in der Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet haben. Jede Staatsführung muss man fragen, ob sie diese Charta noch trägt. Es darf hier keine billigen Ausreden geben. Auch wenn wir als Europäer mit autoritären Staaten Beziehungen pflegen müssen, sollen diese immer wissen, mit wem sie es zu tun haben. Es ist unverzichtbar, sich gegenseitig zu erinnern, wie wir eigentlich auf unserem Planeten leben wollen. Von Albert Einstein stammt der Satz, dass die Welt nicht nur von jenen bedroht wird, die das Böse wollen, sondern auch von denen, die das Böse zulassen.



„Es ist ein Angriff auf die Kultur der Freiheit und des friedlichen Zusammenlebens.“

Herausgefordert:  
Freiheit und Demokratie  
in Europa  
Dossier



„Es geht darum, sich gegenüber jedermann entschlossen argumentativ verteidigen zu können. Das erfordert Mut im Alltag statt ignoranter Toleranz.“

**Dr. Wolfgang Gerhardt**

Vorsitzender des Vorstandes  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



# Liberaler Antworten: Thesen zur Flüchtlingssituation

Weltweit sind rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht, viele davon kommen nach Europa. Der Zerfall der regionalen Ordnung im Nahen und Mittleren Osten durch Krieg und Bürgerkrieg, durch extremistische Tendenzen und totalitäre Regimes nehmen den Menschen jede Perspektive, bedrohen Leib und Leben.

Für Deutschland und Europa steht in dieser Situation viel auf dem Spiel: Werte und Errungenschaften der Europäischen Union – ob beispielsweise die Solidarität unter den Mitgliedsstaaten oder die Freizügigkeit im Schengen-Raum. Unsere offene und plurale Gesellschaft, unsere freiheitliche Verfassung, die dem Grundrecht auf Asyl einen hohen Stellenwert zumisst. Diese Werte und Errungenschaften müssen verteidigt werden: gegen das Erstarken von Rechtspopulismus und Extremismus oder zunehmende Renationalisierungstendenzen.

Dabei ist klar: Für unser Zusammenleben sind Maßstab die im Grundgesetz verankerten freiheitlichen Werte. Alle Formen von politischem Extremismus, politisch motivierter Gewalt oder religiösem Fundamentalismus werden nicht toleriert und mit den Mitteln der wehrhaften Demokratie bekämpft. Integration, gesteuerte Einwanderung und ein handlungsfähiges Europa mit gesicherten Außengrenzen sind unsere Antworten auf die Flüchtlingssituation mit all ihren drängenden Fragen und Herausforderungen, die es zu lösen gilt.

## Integrationsstrukturen schaffen Integration

Es sollen verpflichtende Sprachkurse und Kurse zu Demokratie und Rechtsstaat, zu Geschichte und Kultur angeboten werden. Die Integration von Flüchtlingskindern gelingt mit einer Bildungsoffensive für Schule, Berufsausbildung und Universität. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sollten arbeiten dürfen.

Hindernisse für ihre Beschäftigung wie Einschränkungen bei Leiharbeit und Werkverträgen oder durch den Mindestlohn darf es nicht geben. Finanzielle Mittel des Bundes für die Kommunen müssen direkt dort ankommen. Mehr Wohnungen sind nur mit mehr Neubau zu erreichen.

## Einwanderung steuern

Ein entscheidender Baustein, um ungesteuerte Zuwanderung zu vermindern, ist die Schaffung legaler Zugangsmöglichkeiten – in begrenztem Maße und gesteuert nach den legitimen Wünschen der Staaten. Ein Einwanderungsgesetz, in vielen Staaten seit Jahren selbstverständlich, wird auch in Deutschland gebraucht. Ein ordnungsgemäßes Migrationsverfahren beginnt mit einer sofortigen und bundeseinheitlichen Erfassung der ankommenden Menschen. Diese Daten sollten auch auf der Flüchtlingskarte gespeichert werden, deren Vorlage für die Inanspruchnahme weiterer Leistungen notwendig ist. Zudem würden kürzere Bearbeitungszeiten helfen – zum Beispiel um schneller über die Anträge von Migranten aus sicheren Herkunftsländern entscheiden zu können.

## Europa – stark und handlungsfähig

Die Europäische Union muss dringend Initiativen entwickeln, um einen Konfliktregelungsplan für Syrien zu entwickeln. Alle Akteure im Konflikt sind einzubeziehen. „Failed states“ an Europas Außengrenzen sind ein Risiko für Europa! Grenzstaaten außerhalb der EU müssen bei der Bewältigung ihrer Flüchtlingslasten mehr als bisher finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Europas Außengrenzen müssen gesichert werden, um die Zahl der insgesamt in die EU drängenden Menschen auf die zu begrenzen, die Anspruch auf Schutz haben. Die Durchsetzung vereinbarter Regeln ist entscheidend, um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wiederherzustellen.

„Das Engagement vieler Bürger für Flüchtlinge war und ist überwältigend. Jetzt ist die Politik am Zug. Die liberalen Antworten lauten: zurück zur staatlichen Handlungsfähigkeit – mit Integration, mit gesteuerter Einwanderung und mit einem solidarischen Europa mit sicheren Außengrenzen.“



Liberaler Thesen zur  
Flüchtlingssituation  
Publikation



Ehrenamtliche Helferinnen sortieren  
gespendete Kleidung im Warenhaus  
für Flüchtlinge in Mülheim.

# Liberals should welcome migration: 60. Kongress der Liberal International

„Die zentrale Idee des Liberalismus ist das Primat der Freiheit.“



Migration ist eines der bestimmenden Themen während des 60. Kongresses der Liberal International (LI) in Mexiko gewesen. Er dauerte vom 28. bis 31. Oktober 2015 und endete mit einem gemeinsamen Beschluss. Die Generalversammlung der LI, bestehend aus fast 150 Delegierten liberaler Parteien weltweit, verabschiedete am letzten Tag als Resolution Nr. 1 „Die Rechte von Flüchtlingen und Asylbewerbern“. An erster Stelle stehen für die Liberalen weltweit der Schutz von Menschenleben und Menschenrechten. Die LI spricht sich in der Resolution dafür aus, „Wege für sichere Migration zu schaffen und Schutz zu gewähren, wo er gebraucht wird“. Dabei fordert sie, „dass alle Länder das Recht auf Asyl respektieren und an der UN-HCR-Flüchtlingsquote teilnehmen“.



Juli Minoves  
Präsident der Liberal International

„Liberals should welcome migration“, so das Credo von Helen Zille, Vizepräsidentin der LI und unerschrockene Kämpferin für Bürger- und Menschenrechte. Sie erhielt 2014 für ihre Verdienste im langjährigen Kampf gegen die Apartheid, gegen Korruption sowie Selbstbereicherung der politischen Elite in ihrem Land den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Auch Juli Minoves, Präsident der LI, sieht Migration als Chance, vor allem vor dem Hintergrund einer immer stärker alternden Bevölkerung in Europa.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung für die Freiheit, weist darauf hin, dass die deutsche Gesellschaft künftig nicht mehr so homogen sein wird wie bisher.

Diskussionskonsens auf dem Kongress war, dass Migration geordnet organisiert werden müsse. Dennoch bleibt der Grundsatz liberalen Denkens richtig, für den Helen Zille sich erneut stark machte: „Die zentrale Idee des Liberalismus ist das Primat der Freiheit. Damit verbunden ist das Recht eines jeden Individuums, die Freiheit zu haben, das Leben zu führen, das es führen will, und auch dahin zu gehen, wo es leben möchte.“

Auf der politischen Ebene ist für die ehemalige Parteivorsitzende der Democratic Alliance jedoch klar, dass die internationale Staatengemeinschaft die Wurzeln des Problems von Flucht und Migration und nicht nur die Symptome bekämpfen muss. „Solange sich in den Herkunftsländern von Flucht und Migration nichts ändert, schaffen auch noch so geordnete Verwaltungsverfahren in den Aufnahmeländern keine wirkliche Abhilfe.“ Zille unterstrich, dass die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Liberalen Druck auf autoritäre Regierungen ausüben müssen: „Wenn die (Herkunfts-)Länder weiterhin gefährliche und intolerante Diktaturen bleiben, werden wir die Probleme nie lösen, sondern nur verlagern.“

# Für eine herausragende Bildung und Forschung

Weil sie uns Chancen bieten, von unseren  
Talenten und Möglichkeiten zu profitieren.

Anna Köbrich und Duy Phuong Ta  
Stipendiaten der Begabtenförderung



Flüchtlingskrise 2015. Wer das Elend der Geflüchteten hautnah erfährt, der wird entweder von Ohnmacht übermannt – oder motiviert. Unsere Stipendiaten Markus Kreßler und Vincent Zimmer hat es motiviert: „Wir haben mit Geflüchteten gesprochen, mit ihnen gearbeitet. Viele von ihnen haben in den Ländern, aus denen sie flüchten mussten, studiert. In Deutschland können sie das zunächst nicht, es fehlen anerkannte Abschlüsse und Deutschkenntnisse. Arbeiten dürfen sie auch nicht. Sie wissen nicht, wohin mit ihrer Zeit. Sie wissen nicht, wohin mit sich. Zu groß sind die Hürden der Bürokratie. Daher haben wir nach einer Lösung gesucht.“ Auf dem Konvent der Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit entwickelten sie eine Idee: Kiron.

Kiron ist eine Plattform, die Flüchtlingen den Zugang zu einer Universitätsbildung bietet – kostenfrei. Dabei können Zeugnisse nachgereicht werden, zunächst ist nur ein Nachweis über den Flüchtlingsstatus zu erbringen. Sobald das geschehen ist, können die Flüchtlinge ein einjähriges Studium Generale und eine Spezialisierung ablegen. Die Kurse finden in den ersten beiden Jahren online und hauptsächlich auf Englisch statt. Dabei können sich die Studentinnen und Studenten eines massiven Pools an Onlinekursen von Universitäten Harvard oder dem MIT bedienen – alle Kurse sind frei zugänglich.

Vincent Zimmer (l.) und Markus Kreßler  
haben 2014 Kiron gegründet.



„Langfristig wollen wir mit Kiron Millionen von Geflüchteten weltweit das Studieren ermöglichen. Dafür arbeiten schon jetzt Teams in Deutschland, London, Paris, Istanbul und anderen Städten.“

## Kiron Open Higher Education: Bildung für Flüchtlinge

Kiron kombiniert die Onlinekurse mit E-Learning-Tools und Vernetzungstreffen in Berlin, mit Teamwork-Projekten und Mentoringprogrammen. Im dritten Jahr folgt die Spezialisierung auf einen der fünf Studiengänge wie etwa Business, Intercultural Studies oder Architecture – das sind die populärsten Studienentscheidungen von Geflüchteten. Sie erfolgt an einer der Partneruniversitäten vor Ort, bei denen sich die Studenten nach einem abgeschlossenen Studium Generale bewerben können. Die Abschlüsse von Kiron sind international anerkannt. Das reduziert die Bürokratie erheblich. Durch den Studiennachweis bekommen die Studenten automatisch ein Studentenvisum.

Unterstützt wird das Team von Kiron durch Partneruniversitäten, zum Beispiel aus Aachen, Eberswalde, Heilbronn und Westafrika. Kiron finanziert sich noch durch Spenden und Förderungen von Stiftungen.

Um den sozialen Sektor zu stärken, um sich selbst monetarisierende, funktionierende Projekte zu ermöglichen, wurde zusätzlich „Kiron Ventures“ gegründet, ein Start-up-Inkubator. Das Ziel: Unterstützung bei Gründungen von und für geflüchtete Menschen sowie Projekte, die einen Bezug zum Thema Migration aufweisen.

Markus Kreßler und Vincent Zimmer sieht man nicht an, was sie tun. Doch wenn man mit ihnen spricht, hat man das Gefühl, mit jungen Managern zu reden: „Langfristig wollen wir mit Kiron Millionen von Geflüchteten weltweit das Studieren ermöglichen. Dafür arbeiten schon jetzt Teams in Deutschland, London, Paris, Istanbul und anderen Städten.“

Markus Keßler und  
Johannes Vogel  
Interview







→ Der Alumniverband der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat heute mehr als 2.100 Mitglieder aus fast 40 Ländern.

Unser Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten (VSA) ist ein generationenübergreifendes Netzwerk. Als solcher unterstützte er auch 2015 die hervorragende Arbeit stipendiatischer Arbeitskreise und Initiativen.

Zu einem Höhepunkt des Jahres zählte im Juni das Symposium „Wie machen wir unser Gesundheitssystem zukunftssicher?“ im westfälischen Münster unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Bundesministers Daniel Bahr. Die Teilnehmenden diskutierten Fragen zur Gesundheit in Deutschland und den USA sowie der Erfolg bzw. Misserfolg deutscher Apotheken kontrovers diskutiert.

Eine weitere wichtige Veranstaltung war der Altstipendiaten-Konvent mit anschließender Mitgliederversammlung vom 23. bis 25. Oktober 2015 in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach. Die Stipendiaten und Altstipendiaten zeigten sich in ihrem „zweite Zuhause“ wie immer kreativ, innovativ und belebend – eine perfekte Voraussetzung für das Konvent-Thema „Gründerland Deutschland? Liberale Unternehmen was!“ Als Referenten konnten Johannes Vogel, Generalsekretär der FDP NRW, Thomas Bachem, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbands Deutsche Startups, und Hendrik Braun, Geschäftsführer tracdelight GmbH, gewonnen werden.

Im Rahmen des Konvents ist es zu lebhaften Diskussionen rund um die Förderung der Start-up-Kultur in Deutschland gekommen. Zudem gaben die Referenten anhand individueller Erfahrungsberichte wertvolle Tipps an zukünftige Gründerinnen und Gründer weiter.

Im Zuge der Veranstaltung verlieh der Verband auch wieder zwei Preise in Höhe von je 1.000 Euro. Die Auszeichnung für herausragende Studienleistungen und gesellschaftliches Engagement im liberalen Geist gingen für die beste Promotion an Prof. Dr. Alexander Wulf und für die beste Examensarbeit an Thomas Wagenknecht.

Der VSA wurde 1987 in Eigeninitiative gegründet und ist seit 2009 der offizielle Alumniverband der Stiftung für die Freiheit. Liane Knüppel ist seit 2010 Präsidentin des VSA und gleichzeitig stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung. Der Verband ist gemeinnützig und finanziert sich im Wesentlichen aus Beiträgen der Mitglieder und Fördermitglieder und aus Spenden. Damit unterstützt er auch die stipendiatischen Arbeitskreise und Initiativen. Gemeinsam mit Stipendiaten gibt der Verband das Magazin freiraum heraus. Zu weiteren Aktivitäten zählen das Mentorenprogramm und die Vermittlung von Kontakten zu potenziellen Arbeitgebern. Mittlerweile gehören dem Verband mehr als 2.100 Mitglieder in gut 40 Ländern an, darunter auch viele aktuell geförderte Stipendiaten.



**Liane Knüppel**  
Präsidentin des Verbandes der  
Stipendiaten und Altstipendiaten

## Bildung vernetzt: Stipendiaten in Aktion

18 Bildungsexperten und Politiker aus 15 Ländern gingen im Seminar „Education Policies – the Key to Enlightenment, Participation and Progress“ der Internationalen Akademie für Führungskräfte den Fragen nach: Wie organisiert und vermittelt man am besten Aufklärung, Teilhabe und Fortschritt anhand einer Bildung, wie sie sich Liberale für künftige Generationen wünschen? Aufklärung, Teilhabe und Fortschritt – diese drei Worte waren mehr als nur der Titel der Veranstaltung: Sie fassten auch zusammen, was die Teilnehmer als Schlüsselziele für Bildung im 21. Jahrhundert empfanden. Angesichts steigender Intoleranz und Radikalisierung fügten sie noch ein viertes Ziel hinzu: Frieden.

Leidenschaftliche Diskussionen, zähes Ringen um gute Konzepte und intensiver Austausch charakterisierten die Veranstaltung – und die Hoffnung auf Ideen, die die Reformen weiter bringen könnten. Denn in 11 der 15 Herkunftsländer der Gäste können zehn Prozent der Menschen immer noch nicht lesen – die Qualität der Bildung ist sehr schlecht. Ein Zustand, den Liberale nicht tolerieren können, wissen sie doch um den hohen Preis, den Menschen und ihre Gesellschaften für schlechte Bildung bezahlen: Armut, fehlende Zukunftsperspektiven oder Unterlegenheit im globalen Wettbewerb.

## Seminar mit System: Ideenwerkstatt für Bildungsexperten aus dem Ausland

Das Seminar begann mit einer dreiwöchigen Onlinephase. In dieser Zeit trugen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst die Eckdaten zur Bildungslandschaft in ihrer Heimat zusammen und arbeiteten sich durch eine Vielzahl an Materialien. So näherten sie sich nicht nur dem Thema, sondern auch einander an – im Chat.

Ein internationales Seminarleiter-Team führte die Gäste durch ein sehr intensives und interaktives Programm. Ein 12-tägiger Prozess der gemeinsamen Erkenntnisfindung, an dessen Ende ein Papier erarbeitet war: Ein Katalog von Voraussetzungen, die geschaffen, Qualitätskriterien, die erreicht, und Aufgaben, die erfüllt werden müssen, um bestmögliche Bildung für die nächsten Generationen zu garantieren.

Mit diesem Kompass und Ideenkoffer kehrten die Teilnehmenden in ihre Heimatländer zurück, um weiter an den Bildungssystemen zu arbeiten. „Liberale Werte und Prinzipien sehen wir dabei als Fundament für den Aufbau eines gut funktionierenden Bildungssystems, in dessen Mitte wir gute Qualität und Wahlmöglichkeiten stellen möchten“, sagte ein Teilnehmer.



→ Wie organisiert und vermittelt man am besten Aufklärung, Teilhabe und Fortschritt anhand einer Bildung, wie sie sich Liberale für künftige Generationen wünschen?

# Hilfe zur Selbsthilfe: Syrische Flüchtlinge im Libanon und in Jordanien

„Vor allem den jüngeren Syrern bieten wir Orientierung zu den Werten einer freiheitlichen Ordnung ...“

Die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit syrischen Flüchtlingen verbindet konkrete Hilfe mit Angeboten politischer und wirtschaftlicher Grundbildung. So unterstützen wir Trainings zur Konfliktbearbeitung für Frauen und Jugendliche, die Einheimische und Flüchtlinge zusammenbringen, um Begegnung und Dialog bis hin zu gemeinsamen Aktivitäten zu gestalten, denn angesichts des großen Zustroms von Flüchtlingen gehören Spannungen und Feindseligkeiten hier zum Alltag.

Vor allem den jüngeren Syrern bieten wir Orientierung zu den Werten einer freiheitlichen Ordnung, die ihnen in Syrien verweigert wurde. Gewaltenteilung und die Begrenzung von Macht, der Schutz der Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und Good Governance – zu allen Themen entwickeln sich in unseren Veranstaltungen intensive Diskussionen zwischen jungen Flüchtlingen, die wir in die Lage versetzen wollen, einmal ein besseres Syrien aufbauen zu können.

Dies hat im Libanon wie in Jordanien zu Kampagnen junger Syrer und Libanesen bzw. Jordanier geführt, die mit Bussen – dem „Friedensbus“ im Libanon und dem „Bus der freien Gedanken“ in Jordanien – durch Gegenden mit hoher Flüchtlingskonzentration fahren. Ihre erworbenen Erkenntnisse zur Konfliktschlichtung im Libanon und zu Demokratie und guter Regierungsführung in Jordanien geben sie an andere Flüchtlingsjugendliche weiter.

Traumatisierungen und seelische Notlagen sind durch den Bürgerkrieg und die Entwurzelung im Zuge der Flucht weit verbreitet. Häusliche Gewalt, Kindesmissbrauch und Jugendkriminalität sind Alltag, ihrer Prävention widmet sich die Stiftung. Wir arbeiten hierzu mit NGOs der humanitären Flüchtlingsarbeit sowie mit „Family Protection Units“ zusammen, spezialisierten jordanischen Polizeistellen zum Schutz von Frauen, Kindern und Familien. Dabei sollen syrische Flüchtlingsfrauen in die Lage versetzt werden, in auftretenden Fällen zu intervenieren bzw. Hilfe zu organisieren.

Eine aus Seminaren der Stiftung hervorgegangene, libanesisch-syrische Frauengruppe hat sich zur Initiative „Drops of Hope“ zusammengeschlossen und organisiert Fortbildungen für andere Flüchtlingsfrauen zu sensiblen Themen wie familiäre Gewalt, Kinderheirat, sexuelle Belästigung, Familienplanung und Erziehungsfragen. Hierzu vermitteln sie Einsichten und schaffen es, wirkliche Gespräche zu den in der konservativen syrischen Gemeinschaft tabuisierten Themen anzuregen.



Während der Dreharbeiten zum Film „The Next Destination“

# Für Wettbewerb und Wachstum

Wir brauchen Freiräume für Innovationen  
und kreative Geister in unserer Wirtschaft.

Mitarbeiter der  
KUKKO Werkzeugfabrik in Hilden



Wie die neue Handelsstrategie der EU-Kommission konkret aussieht, diskutierten am 3. Dezember 2015 EU-Kommissarin Cecilia Malmström und Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, in Berlin auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Malmström hob hervor: „In diesem Land hängen sieben Millionen Jobs vom Export außerhalb der EU ab.“ Für Europas Wettbewerbsfähigkeit zähle neben dem Außenhandel von Gütern und Dienstleistungen auch der Import: 80 Prozent der Importe seien Energie oder Rohstoffe, mit denen auch Arbeitsplätze verbunden sind. Die neue Handelsstrategie setze auch auf mehr Transparenz, kein Freihandelsabkommen wäre jemals öffentlicher als dieses gewesen. Europäische Werte würden grundsätzlich verteidigt.

„Keines der Freihandels-Abkommen wird die Standards von Verbraucher-, Umwelt-, Arbeitsschutz oder von anderen sozialen Standards senken“, versicherte Malmström. TTIP, TiSA und CETA würden konkreten wirtschaftlichen Nutzen bringen.

Gesprächspartner Alexander Graf Lambsdorff unterstrich die Notwendigkeit und Dringlichkeit für Europa, sich zu beteiligen. „90 Prozent der globalen Nachfrage wird außerhalb Europas stattfinden“, sagte er. „Es ist unsere Verpflichtung, unseren Unternehmen den bestmöglichen Zugang zu ermöglichen. Was in Deutschland häufig vergessen wird: Europa ist derzeit keineswegs aus der Krise und das Wachstum beschränkt.“

Mit der neuen EU-Strategie begäbe sich die Handelspolitik in ein neues Zeitalter. Es ginge nicht mehr nur um Waren und Zölle, sondern auch um Dienstleistungen, Online-Handel, Mobilität von Fachkräften, Zugang zu Rohstoffen, Vermeidung von Doppelbelastungen, Schutz von Innovationen und vieles mehr.

Die Schiedsgerichte sind ein zusätzlicher Kritikpunkt in der Debatte um TTIP, da diese scheinbar abseits der nationalen Gesetzgebung stattfinden. Hier können zum Beispiel Investoren gegen Regierungen auf Schadensersatz klagen. Um diese Verfahren transparenter zu gestalten, strebe die EU-Kommission mittelfristig einen internationalen Investitionsgerichtshof an, so Malmström.

Die Mehrheit der Europäer unterstützt das Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA. Nur in drei der 28 EU-Länder ist die Mehrheit dagegen: Deutschland, Luxemburg, Österreich. Paradox, urteilte Malmström, da neben gesamtwirtschaftlichem Wachstum, Arbeitsplätzen und Produktvielfalt der deutsche Mittelstand ein großer Gewinner von der transatlantischen Handels- und

Investitionspartnerschaft TTIP, dem europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA und dem Abkommen zum Dienstleistungshandel TiSA sei.

Die kleinen und mittleren Unternehmen profitierten insbesondere vom Bürokratieabbau und von einfacheren Produktionsbedingungen. Außerdem müsse Europas Innovationskraft gesichert werden. „Die Hälfte unserer Exporte sind Dienstleistungen“, sagte Malmström und verwies darauf, dass über den Online-Handel hinaus unsere Handelsvereinbarungen zeitgemäß gestaltet und damit wieder an Relevanz gewinnen müssten.

Und falls TTIP nicht kommt? Dann würde alles beim Alten bleiben – eine vertane Chance, so Lambsdorff.

## Mehr Wachstum und Transparenz mit TTIP: Neues Zeitalter für die EU-Handelspolitik

„In diesem Land hängen sieben Millionen Jobs vom Export außerhalb der EU ab.“



Was bringt Europa die neue Handelsstrategie?  
Videoclip





„Neben Bildung ist Arbeit das Wichtigste, was Zuwanderer brauchen, wenn sie schnell in unserer Gesellschaft einen produktiven Platz finden sollen.“

Eine von zahlreichen Ausbildungs- und Berufsinitiativen zur Integration von geflüchteten Menschen

## Mindestlohn zur Unzeit: Integration von Flüchtlingen



**Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué**  
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit beschäftigt sich im Rahmen ihrer politischen Bildungsarbeit mit aktuellen politischen Themen, die für die Bürgerinnen und Bürger von Interesse sind. Dieser Beitrag erschien im Oktober 2015 auf unserer Website [www. freiheit.org](http://www.freiheit.org):

Seit dem 1. Januar 2015 hat Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn. Pro Stunde erhält jeder Arbeitnehmer – egal wer es ist und egal was er tut – mindestens 8,50 Euro. Für einen Vollzeit-Beschäftigten sind dies fast 1.500 Euro monatlich. Noch gibt es ein paar Übergangsregeln, aber Ende 2016 ist auch damit Schluss.

Pünktlich zur Einführung des Mindestlohns wird Deutschland von einer Welle der Zuwanderung überschwemmt. 2014 waren es rund 400.000 Menschen, die zu uns strömten, 2015 wird es nach letzten Prognosen rund eine Million sein. Es sind Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge. Insofern weiß niemand so genau, wie viele von ihnen schließlich bleiben werden. So gut wie sicher ist allerdings, dass es Hunderttausende sein werden.

Niemand rechnet damit, dass die Flüchtlingsströme plötzlich im Jahr 2016 abreißen. Ein riesiges Integrationsproblem! Es ist das größte seit den frühen neunziger Jahren, nachdem die Berliner Mauer und der Eiserner Vorhang in Europa gefallen waren. Was tun? Alle Fachleute sind sich einig: Neben Bildung ist Arbeit das Wichtigste, was Zuwanderer brauchen, wenn sie schnell in unserer Gesellschaft einen produktiven Platz finden sollen. Nichts wäre fataler als eine riesige Zahl junger, hoch motivierter Menschen, die meisten männlich, die unter kasernierten Verhältnissen nichts Sinnvolles zu tun haben. Es entstünde ganz schnell ein Nährboden für Frustration, Konflikte und Kriminalität. Viele von ihnen hätten ihr Leben auf der Flucht riskiert, nur um dann ohne Arbeit in einer Art Lager zu landen – eine fürchterliche Perspektive.

Allerdings: Die wenigsten der Ankömmlinge haben berufliche Qualifikationen, die ihnen am hiesigen Arbeitsmarkt den Einstieg mühelos erlauben. Es gibt viele ohne abgeschlossene Ausbildung, es fehlt an sprachlichen Kenntnissen, manche sind sogar Analphabeten. Der sprichwörtliche syrische Arzt, auf den unsere Krankenhäuser sehnlichst gewartet haben, wird die Ausnahme bleiben. Wir brauchen deshalb mehr denn je einen offenen flexiblen Arbeitsmarkt, in den die Ankömmlinge schnell einsteigen können, um dann nach dem Einstieg Schritt für Schritt auch den Aufstieg zu schaffen – mit verbesserter Sprachkenntnis, beruflicher Qualifikation und Erfahrung am Arbeitsplatz. Ganz offensichtlich ist dafür der Mindestlohn ein Integrationshindernis. Er ist im Rückblick genau zum falschen Zeitpunkt eingeführt worden.

Gerechnet hatte die Große Koalition mit einer eher abnehmenden Zahl von Erwerbspersonen – aufgrund der Alterung der Gesellschaft. Es kommt aber ein riesiger Schub an jungen, motivierten Menschen, die allerdings noch etwas Zeit brauchen und lernen müssen, um ihr großes Potenzial voll auszuschöpfen. Die Politik ist deshalb gefordert, die Tür zum Arbeitsmarkt wieder weiter zu öffnen: durch Aussetzen des Mindestlohns, bis die große Herausforderung der Integration von Flüchtlingen im Wesentlichen bewältigt ist und wieder einigermaßen normale Verhältnisse einkehren. Eine Auszeit von fünf Jahren wäre angemessen, als Teil eines Gesetzes zur Integrationsförderung, das noch manches mehr enthalten muss.

Dann ließe sich Anfang des nächsten Jahrzehnts prüfen, ob die Welt sich wieder verändert hat, wenn Schritt für Schritt die Generation der Babyboomer aus dem Markt ausscheidet.

Bis dahin gilt: Je schneller die Integration, umso besser für alle!



Rishab Chandra verdient seit einigen Jahren sein Geld im Internet.

„In diesem Jahr haben wir achtzig Unternehmer ausgebildet, die nun mit ihren Produkten im Internet Geschäfte machen.“



Big Basket ist Indiens größter Online-Store für Lebensmittel mit mehr als 1.000 Produkten und über 100 Marken.

## E-Commerce: Start-ups in die Startlöcher

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit betreibt im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu ein mehrstufiges Ausbildungsprogramm für Start-up-Unternehmer. So wollen wir auch Klein- und Kleinunternehmer in die Lage versetzen, am Geschäft im Internet teilzuhaben. Heute sind knapp 400 Millionen Inder im Internet unterwegs; diese Zahl, vor allem die der Smartphone-Nutzer, wird in naher Zukunft sprunghaft steigen.

Rishab Chandra ist ein indischer Unternehmer, der seit mehreren Jahren sein Geld im Online-Geschäft verdient. Im Interview spricht er über sein Erfolgsgeheimnis, das „Digital-India“-Programm und über seine Idee von Service Centern.

### Was ist das Erfolgsgeheimnis im Online-Business?

Vor allem geht es darum, erstklassige Leistung oder Produkte zu liefern. Das muss schnell und pünktlich passieren. Wir arbeiten sehr eng mit unseren Kunden zusammen. Nur wenn wir ehrlich und zuverlässig sind, können wir eine langfristige Beziehung aufbauen.

### Das Online-Business wird in Indien von einigen großen Firmen kontrolliert. Wie gelingt es Quereinsteigern wie Ihnen, ein Stück vom Kuchen abzubekommen?

Das Geschäftsfeld in Indien ist noch sehr jung. Nur allmählich kommen die Menschen auf den Gedanken, im Internet Geschäfte zu machen. Es gibt einen gewaltigen, noch völlig unberührten Markt. Daher bieten sich allen Spielern große Gelegenheiten. Ein innovatives Produkt, ein kompetitiver Preis, pünktliche Zulieferung und eine professionelle digitale Marketingstrategie sind die zentralen Elemente des Erfolges.

### Sie arbeiten als Trainer und Berater für E-Commerce für die Stiftung der Freiheit. Was kommt dabei heraus?

Wir haben greifbare Erfolge. In diesem Jahr haben wir achtzig Unternehmer ausgebildet, die nun mit ihren Produkten im Internet Geschäfte machen. In unserem Lehrgang für Fortgeschrittene sehen wir, dass die Teilnehmer ihre Umsätze erhöhen konnten, nachdem sie unsere Hinweise beherzigten. Einige Teilnehmer haben Kunden im Ausland gefunden. Es ist ein gutes Gefühl, dass die Programme ein konkretes, ja greifbares Ergebnis für die Teilnehmer haben.

### Indien gilt in einigen Bereichen als führend, wenn es um die Umsetzung digitaler Technologien geht. Die Regierung propagiert das „Digital India“-Programm. Ist das nur Propaganda oder sehen Sie konkrete Ergebnisse?

Indien ist ein riesiges Land und auch deshalb dauert es hier bisweilen länger, bis tiefgreifende Veränderungen greifen. Die Regierung meint es ernst mit der digitalen Transformation. Bei der Steuererklärung und Bankgeschäften etwa sind wir schon weit vorangekommen. Gleichwohl muss die digitale Infrastruktur dringend ausgebaut werden. In den entlegeneren und weniger entwickelten Landesteilen muss die digitale Medienkompetenz gefördert werden. Da bleibt viel zu tun!

### Wenn Sie Regierungschef Indiens wären, was wäre das Erste was Sie ändern würden, um das Geschäftsklima zu verbessern?

Ich glaube stark daran, dass Wissen und Bildung die Menschen im Leben voranbringen. Da würde ich sofort den Schwerpunkt setzen. Dann würde ich Service Center gründen, wo die Menschen lernen, wie sie ein Unternehmen aufziehen, wie sie an einen Kredit kommen und wie sie das Internet einsetzen können. Ich würde auch ins Ausland schauen, um mit internationalen Partnern die Infrastruktur auszubauen und die Konnektivität zu erhöhen. Das Gebot der Stunde ist es, Politiken für Start-ups zu entwickeln, auf dass die innovativen Unternehmer loslegen können.

# Klebefleisch und Analogkäse: Lebensmittelsicherheit oder Panikmache?

In unserer Sommerakademie analysierten 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten eine Woche lang die gesamte Wertschöpfungskette der Lebensmittel. Sie verfolgten die spannende Reise unserer Nahrung vom Bauernhof zum Verbraucher – von den Ackerflächen über die Forschung und industrielle Verarbeitung bis zum Handel.

Konzipiert wurde die Akademie von unseren Stipendiaten, die selbst Experten auf diesem Gebiet sind: Sandra Böttcher, Kenneth Kieserling, Swen Straßberger. Was steckt wirklich im „Lebensmittel“? Und wer trägt die Verantwortung dafür, was vom Acker auf den Teller kommt?

Kaum ein Bereich bestimmt unser Leben derart grundsätzlich wie der unserer täglichen Ernährung. Im Zentrum dieser Inlandsakademie stand deshalb die Lebensmittelsicherheit – existenziell für den Verbraucher, aber auch für Erzeuger und Unternehmen.

Welche Verantwortung tragen die Verbraucher selbst, welche die Medien? Welche Herausforderungen stellen sich politisch im Spannungsfeld von Freiheit und Regulierung bzw. Kontrolle?

Kein Wunder, dass die Lebensmittelproduktion im Fokus großer Kontroversen steht: vermeintliche oder tatsächliche Skandale, Skepsis gegenüber technologischem Fortschritt in der Herstellung, Lobbyismus und die Interessen von Erzeugern und Verbrauchern. Ein weites Feld für aktuelle politische Debatten! Ist Risikobewertung ohne Panikmache überhaupt möglich? Wie wirkt sich TTIP auf die Lebensmittel aus? Bedeutet die „Ampel“ mehr Aufklärung für den Verbraucher oder doch nicht eher Entmündigung?

Am Ende einer intensiven Woche mit Experten und Referenten unterschiedlichster Richtung – von Ökotec und foodwatch bis zu Bauernverband und Lebensmittelindustrie – konnten viele Fragen beantwortet werden und es bestand Einigkeit, dass Ernährungssicherheit und Freiheit keine Gegensätze sind: Die eigene Verantwortung des Verbrauchers kann durch Regulierung des Marktes nicht ersetzt werden; zugleich ist die Kontrolle der Erzeugung und die Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel zur Qualitätssicherung erforderlich. Gerade in dieser Hinsicht vermittelten die Werksbesichtigungen von Unternehmen der Aromen- und Lebensmittelherstellung einen nachdrücklichen Eindruck – Qualitätsmanagement mit Sorgfalt und Akribie.

Keine Akademie ohne besonderen Höhepunkt! Diesmal faszinierten die Labor-Workshops alle Teilnehmer: Mikroorganismen unter dem Mikroskop und Lebensmittel selbst herstellen, die schließlich selbst erprobt und, mit sehr unterschiedlicher Begeisterung, verkostet wurden: Klebefleisch, Analogkäse und Gummibärchen.

Während des Labor-Workshops wurde getestet, analysiert und probiert.



„Die eigene Verantwortung des Verbrauchers kann durch Regulierung des Marktes nicht ersetzt werden.“



# Vereinte Jungunternehmer: Israelis und Palästinenser gehen gegen Fundamentalisten vor

Wo Angst, Unsicherheit und Frustration groß sind, lässt sich Hass leicht mobilisieren. Im israelisch-palästinensischen Konflikt und vor allem in der jüngst wieder aufflammenden Welle der Gewalt findet dieses Phänomen gerade wieder besonderen Ausdruck. Neben großer Frustration und Perspektivlosigkeit, die den gegenwärtigen Alltag bestimmen, sind es vor allem die über die sozialen Medien sich besonders effektiv und viral verbreitenden Hetzkampagnen, die das Gewaltpotenzial stetig steigern und Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts immer weniger aussichtsreich erscheinen lassen.

Die israelisch-palästinensischen Dialogmaßnahmen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit stellen schon immer, vor allem nach der 2. Intifada, eine große Herausforderung dar. Eine echte Ausnahme und mutige Initiative bildet vor diesem Hintergrund das von der Stiftung vor fünf Jahren ins Leben gerufene Forum von israelischen und palästinensischen Jungunternehmern ME 2.0 Palestinian-Israeli Young Business Leaders Forum.

Einmal monatlich treffen sich die Mitglieder des Forums, auch in angespannten Zeiten, und besprechen ökonomische Aspekte des israelisch-palästinensischen Konflikts, bauen ihre persönlichen und ihre Geschäftskontakte untereinander aus, diskutieren mit führenden Persönlichkeiten aus den Bereichen der Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien auf beiden Seiten und suchen Wege, wie sie als eine junge Generation von Unternehmern wirtschaftliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Wohle aller und als Beitrag zu einer friedlichen Konfliktbeilegung fördern können. Was die jungen Unternehmer vereint, ist die gemeinsame Vision von einer freiheitlichen, auf Respekt und Toleranz beruhenden Gesellschaft, insbesondere aber die friedliche Lösung des Konflikts.

Das Forum bietet jungen Mitgliedern nicht nur geschäftliche Vorteile. Vielmehr schafft es das Gefühl, dass ein Miteinander nicht nur möglich, sondern notwendig ist, um den Konflikt zu überwinden. Das Gefühl, destruktiven fundamentalistischen Kräften durch ein „Zusammen“ entgegenzuwirken.

Gewaltverherrlichendes palästinensisches Graffiti am Calandia Checkpoint




„Was die jungen Unternehmer vereint, ist die gemeinsame Vision von einer freiheitlichen, auf Respekt und Toleranz beruhenden Gesellschaft ...“



## Für Datenschutz und Privatsphäre

Denn jeder soll selbst bestimmen, welche Daten von ihm genutzt werden, wann und wie dies geschieht.

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
Mitglied des Vorstandes  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



„Die Freiheit der Bürger in der digitalen Welt darf nicht durch Überwachung und Datenausbeutung stranguliert werden.“

## freiheit-digital.de: Die Kampagne für Freiheit in der digitalen Welt

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger  
ist Botschaferin von freiheit-digital.de



Mit freiheit-digital.de startet im Frühjahr die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Online-Kampagne, in der sie für den Schutz von Privatem und Privatsphäre in der digitalen Welt wirbt.

„Die Freiheit der Bürger in der digitalen Welt darf nicht durch Überwachung und Datenausbeutung stranguliert werden. Die digitale Welt braucht Werte und Vertrauen genauso wie die analoge Welt“, sagt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Vorstandsmitglied der Stiftung und zugleich Botschaferin von freiheit-digital.de. In ihrer Zeit als Bundesjustizministerin kämpfte sie vehement gegen die Vorratsdatenspeicherung an.

Seit den Anschlägen in Paris auf das Satire-Magazin Charlie Hebdo ist der Streit um die Speicherung personenbezogener Daten wieder voll entflammt. Wir sprachen mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger über alternative Mittel und Wege für Polizei und Justiz und über die wichtige Rolle politischer Bildung.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, es ist fast wie ein Reflex. Nach den Attentaten in Paris werden auch in Deutschland politische Stimmen, die eine Vorratsdatenspeicherung fordern, wieder laut. Wie empfinden Sie diese Reaktion? Diese Reaktionen sind der typische politische Aktionismus, der inhaltlich nicht überzeugt. Jeder Anlass wird genutzt, um alte Überwachungsforderungen durchzusetzen, unabhängig davon, ob mit der totalen Überwachung tatsächlich mehr Sicherheit erzielt werden kann.

Frankreich hat ja gezeigt, dass trotz der dort geltenden Vorratsdatenspeicherung die brutalen Anschläge nicht verhindert werden konnten. Seit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs im letzten Jahr kann es eine anlasslose, verdachtslose und flächendeckende Speicherung und Verwertung von Telekommunikationsdaten nicht mehr geben. Das weiß jeder kompetente Innenpolitiker.

Die Menschen sind nach den Geschehnissen in Paris aufgewühlt. Auch in Deutschland machen sich viele Sorgen über mögliche terroristische Angriffe. Welche Mittel stehen Polizei und Justiz zur Verhinderung solcher Taten zur Verfügung? Und welches Potenzial wurde dazu bislang vielleicht noch nicht gut genug genutzt?

In Deutschland gibt es ein engmaschiges Sicherheitssystem, weitgehende Strafbestimmungen gegen Terrorismus und eigens eingerichtete Terrorismusabwehrzentren. Die absolute Sicherheit gibt es nicht und kann auch nicht versprochen werden. Mit Besonnenheit und Wachsamkeit müssen die Sicherheitsbehörden die bestehenden Gesetze anwenden. Sie waren in der Vergangenheit in der Verhinderung von Anschlägen erfolgreich. Angesichts der steigenden Anzahl von verdächtigen Dschihadisten braucht es mehr Polizeibeamte. Daran darf nicht gespart werden! Und es muss viel mehr Gewicht auf die Ursachenanalyse gelegt werden. Was führt zu dieser Radikalisierung? Nur mit Prävention kann diesem Terrorismus die Basis entzogen werden.

Als Vorstandsmitglied engagieren Sie sich für Bürgerrechte und politische Bildung in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Wie können wir gemeinsam als Gesellschaft daran arbeiten, gewalttätige Personen für Demokratie und die Prinzipien unseres Rechtsstaats zu gewinnen?

Zur wehrhaften Demokratie gehört neben der Repression die frühzeitige Vermittlung der Werte des Grundgesetzes und des materiellen Rechtsstaates. Verfassungspatriotismus als Bildungsziel zählt dazu, genau so wie gute Exit-Programme. Bildung, und Aufklärung müssen zusammen mit den Muslimen erfolgen.

freiheit-digital.de  
Themenseite



# Datensammelwut versus Privatsphäre: Eine Herausforderung für den Rechtsstaat

Im Rahmen der „Münchener Webwoche 2015“ hat am 15. Juni 2015 eine Diskussionsveranstaltung zu einem Schwerpunktthema der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit stattgefunden: zur Privatsphäre in der digitalisierten Welt. Vor dem Hintergrund des Weltgeschehens war das Interesse mit rund 200 Zuschauern im Literaturhaus in München entsprechend groß.

Vorstandsmitglied Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erteilte zu Beginn der Diskussion der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung eine klare Absage. In Frankreich habe dieses Verfahren keineswegs zu mehr Sicherheit geführt, wie die Anschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo oder den jüdischen Supermarkt in Paris gezeigt hätten. Anlässlich der Überwachung von Regierungsmitgliedern und Unternehmen durch in- und ausländische Geheimdienste müsse man deutsche Interessen weit selbstbewusster vertreten als es derzeit durch die Bundesregierung geschehe.

„Es wirkt wie ein Placebo, wenn die Bundesregierung die Bevölkerung zu Datensparsamkeit im Netz auffordert und damit suggeriert, es läge nur am Nutzer selbst, wenn dieser zu viele Daten über sich preisgibt.“

Frankreich und Brasilien hätten sich beispielsweise gegenüber den USA weitaus deutlicher artikuliert. „Es wirkt wie ein Placebo, wenn die Bundesregierung die Bevölkerung zu Datensparsamkeit im Netz auffordert und damit suggeriert, es läge nur am Nutzer selbst, wenn dieser zu viele Daten über sich preisgibt.“ Sebastian Steinmayr, Chefredakteur des BLR, dem Content-Zulieferer der bayerischen Lokalradios, moderierte die anschließende Diskussion. In dieser schilderte Torsten Fricke, wie leichtfertig Nutzer mit ihren Daten umgehen. Fricke ist Autor des Buches „Die Akte Google. Wie der US-Konzern Daten missbraucht, die Welt manipuliert und Jobs vernichtet“. Er führte aus, wie moderne Algorithmen der Suchmaschinen daraus Muster ableiten, die die Privatsphäre der Bürger massiv beeinträchtigen.

Auch Henning Lesch, Leiter der Abteilung Recht und Regulierung vom eco-Verband der deutschen Internetwirtschaft e. V., vertrat eine klare Position zu dem Thema. Er verwies darauf, dass es nicht Ziel der Politik sein könne, dass Unternehmen im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung gezwungen würden, massiv Daten von Nutzern zu speichern. Vor allem nicht, wenn darin ein Risiko für die Privatsphäre der Nutzer liege. So erst entstünden große Datenvolumen, auch „Big Data“ genannt. Thomas Möhle, IT-Experte und Gründer der Bitkomplex UG, ergänzte diese Perspektive, indem er erläuterte, wie man sich mit einfachen Schritten dagegen schützen kann, Daten im Internet zu hinterlassen. Man werde Terroristen nicht schneller und sicherer aufspüren, nur weil man alle Bürger unter Generalverdacht stellt.

Prominente Gäste aus Wirtschaft und Politik diskutierten auf der „Münchener Webwoche 2015“ das Thema Big Data.



Deine Daten sind das neue Öl  
Videoclip



# Big Brother nach der Revolution: Tunesien im Kampf um Datenschutz

Das Spielzeugunternehmen Steiff zählt zu den deutschen Investoren, die seit vielen Jahren in Tunesien produzieren.



In Deutschland hat die Bundesregierung das Gesetz zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung beschlossen. In Tunesien wird auch um den Schutz personenbezogener Daten diskutiert. Die noch junge und verwundbare Demokratie sucht dabei mühsam ihren Weg.

Auch 2015 unterstützt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit dieses Anliegen von globaler Aktualität und schloss eine Kooperationspartnerschaft mit der „Nationalen Behörde zum Schutz personenbezogener Daten“ ab.

Prof. Chawki Gaddes, Präsident der kleinen Behörde, ging mit einer klaren Vision in die Offensive – medial, politisch und in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, um in Tunesien Schritt für Schritt ein Problembewusstsein für den Datenschutz zu befördern.



**Prof. Chawki Gaddes**  
Präsident der Nationalen Behörde  
zum Schutz personenbezogener Daten

„Der Schutz personenbezogener Daten ist heute keine bloße Option mehr, sondern ein Imperativ. Der Imperativ der demokratischen Transformation und unseres Respekts für Bürger- und Freiheitsrechte wurde mit unserer Revolution im Jahr 2011 begründet. Aber auch jenseits der Grundrechte: Beim Datenschutz handelt es sich auch um einen ökonomischen Imperativ! Die internationale Anerkennung Tunesiens als Wirtschaftsstandort mit adäquatem Datenschutz ist eine zentrale Voraussetzung für ausländische Investitionen im Dienstleistungssektor und im Offshore-Sektor, Investitionen, auf die wir so angewiesen sind.“

Die Mission des tapferen Leiters der Datenschutzbehörde ist nach seinem Amtsantritt im Mai 2015 wesentlich schwieriger geworden: Nach den blutigen Terroranschlägen auf ausländische Urlauber und tunesische Sicherheitskräfte in Sousse und der Hauptstadt Tunis ist der Krieg gegen den Terrorismus zur wichtigsten nationalen Priorität geworden; der Datenschutz droht zum Kollateralschaden zu werden.

„Die internationale Anerkennung Tunesiens als Wirtschaftsstandort mit adäquatem Datenschutz ist eine zentrale Voraussetzung für ausländische Investitionen ...“

Als liberale, aber auch als deutsche Institution ist die Stiftung für die Freiheit ein in hohem Maße willkommener Partner: für das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“, das „Recht auf Vergessenwerden“ und der Schutz personenbezogener Daten von Kindern – viele dieser rechtlichen und gesellschaftlichen Impulse kommen aus Deutschland. Sie auch in seiner Heimat umzusetzen, davon träumen auch Herr Gaddes und seine Mitstreiter.

„Wenn du eine Regel siehst und du denkst, die macht keinen Sinn für dich, dann darfst du sie brechen.“

## #turnaroundcamp: Umkehr im Denken

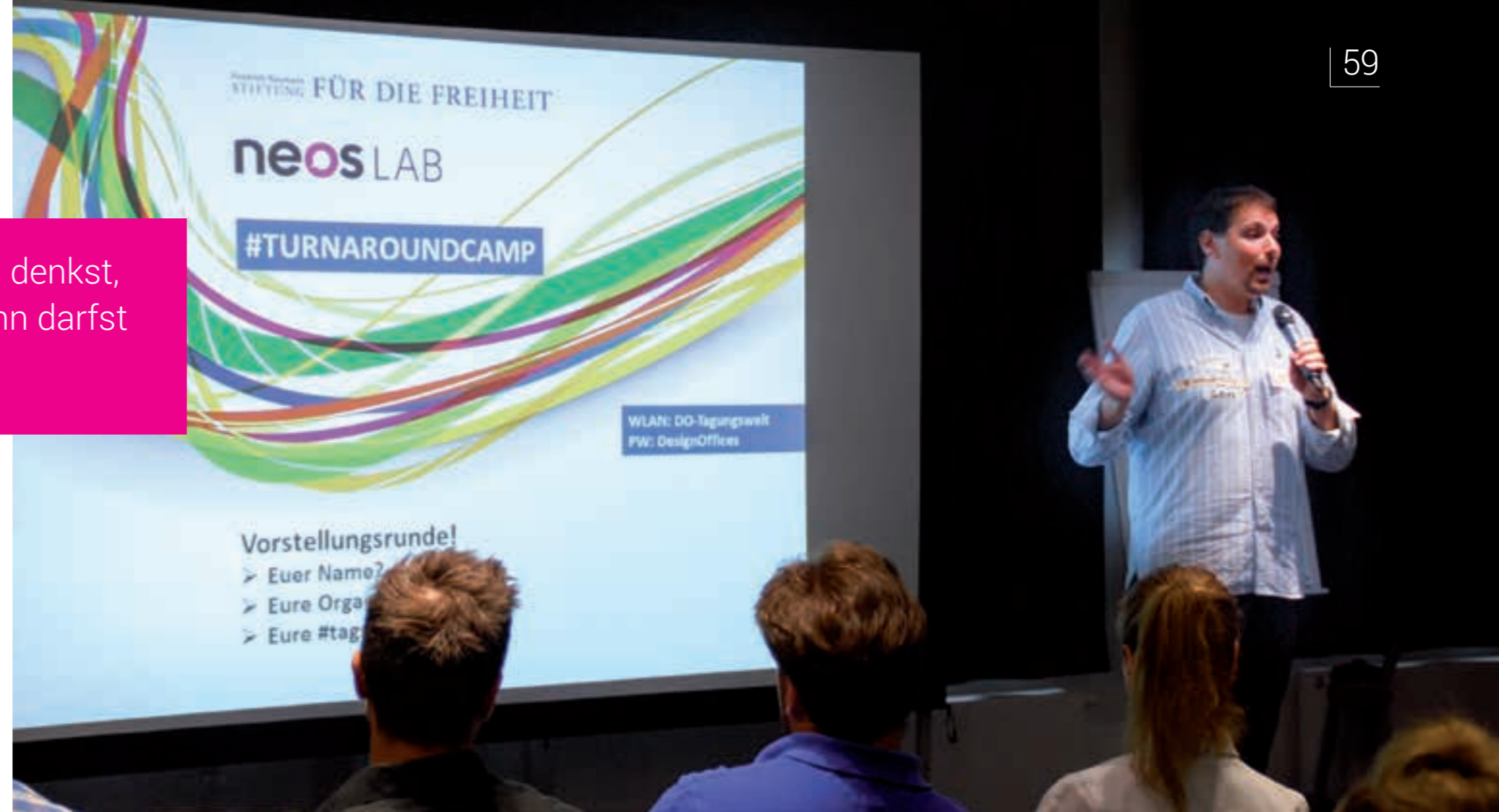
Auf dem ersten deutsch-österreichischen liberalen Barcamp sind vom 26. bis 27. Juni 2015 80 Menschen aus aller Welt zusammengekommen. In Berlin arbeiteten sie kollaborativ an einem echten #turnaround, an einer Umkehr im Denken. Wir haben die Ideen- und Kreativ-Workshop gemeinsam mit der Parteiakademie NEOS Lab organisiert, einer Schnittstelle zwischen Politik und Gesellschaft – dem Pendant der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Österreich, die der Partei der Neos nahe steht.

Ziel des #turnaround war es, Zukunftsbilder zu schaffen, neue Ideen zu denken, neue und ungewohnte Zielvorstellungen zu definieren.

So verschieden wie die Teilnehmer, so verschieden waren auch die Themen, die von diesen in den Barcamp-Sessions angeboten wurden. „Datensicherheit und Datenschutz“, „Unternehmertum“, „digitale Souveränität“, „Netzaktivismus“, „Anders Wirtschaften“, „New Work“ waren nur einige der Themen, über die diskutiert wurde. In seiner Eröffnungsrede sprach Christoph Borschein, Geschäftsführer von „Torben, Lucie und die gelbe Gefahr“ impulsiv über Digitalisierung und Leadership. Er forderte eine neue Art der Bildung. Ziel solle sein, junge Menschen so früh wie möglich in der digitalen Welt zu befähigen. Politik beschäftigte sich seiner Meinung nach zu zögerlich mit den brennenden Themen.

Das und die Tatsache, dass die Entwicklung von Wissen immer schneller wird, bringe die Politik in die Bredouille. Es bräuchte nicht nur ein mind shift, also das Verständnis, dass die Digitalisierung die Zukunft ist, sondern auch hauptamtliche Experten in der Politik: „Man darf auch Menschen anheuern, die sich mit etwas wirklich auskennen.“ Ein weiterer Redner, Ali Mahlodji, Mitbegründer, Geschäftsführer, Chief Storyteller & Chief Visionary der whatchado GmbH, einer österreichischen Karriereplattform, ermutigte die Teilnehmer, Regeln zu brechen und neu zu denken: „Wenn du eine Regel siehst und du denkst, die macht keinen Sinn für dich, dann darfst du sie brechen. Es ist sogar deine Aufgabe sie zu brechen.“

Vom Thema „Disruption im Denken“ handelte der Vortrag von Gerald Reischl, Leiter von futurezone. Er schaffte es, einen Einblick in Entwicklungen zu geben – von Ernährungskonzepten mittels Insekten über 3D-Drucker, revolutionäre Entwicklungen in der Krebsdiagnostik bis hin zu Cyborgs. Sein Aufruf „Man muss sich mit der Zukunft auseinandersetzen, um die Zukunft gestalten zu können! Und um die Zukunft zu gestalten, brauchen wir Anpacker und Umsetzer. Keine Superhelden oder Milliardäre wie Elon Musk, denn in einer digitalen Ära kann jeder bzw. jede zum Superhelden bzw. zur Superheldin werden! Wir brauchen Menschen wie Suguta Mitra, Initiator von ‚hole-in-the-wall‘, die den Change vorantreiben und die Welt aktiv verändern!“



Ali Mahlodji  
Videointerview



## Für Kooperation, Dialog und Partnerschaft

Das ist der Weg, Vertrauen zu bilden  
und Konflikte friedlich zu lösen.

**Anatoli Grizenko**  
Ehemaliger Verteidigungsminister der Ukraine

АНАТОЛІЙ ГРИЦЕНКО



# Die USA im Wahlkampfieber: Moderne Strategien

Bereits Anfang 2015 hat in den USA der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl 2016 begonnen. Das Land befindet sich fast zwei Jahre im Ausnahmezustand der Kandidatensuche. Der Wahlkampf in den USA ist komplex, technologisch fortschrittlich und vor allem gezielt. Nichts wird dem Zufall überlassen.

Doch mit welchen Strategien und Methoden gewinnen Kandidaten in den USA ihre Wahlkämpfe? Dieser Frage gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studienreise zum Thema „Political Communication and Campaign Strategies in the USA“ auf den Grund. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit organisierte die Reise Anfang 2015 im Rahmen des Transatlantischen Dialogprogramms. Insgesamt 13 Wahlkampf- und Parteistrategen aus verschiedenen Projektländern der Stiftung kamen in Washington, DC zusammen, um sich mit ihren US-amerikanischen Counterparts auszutauschen und Best-Practice-Empfehlungen für den Wahlkampf in ihren Ländern zu gewinnen. Besonders fasziniert waren die erfahrenen Parteistrategen von den Strategien im Bereich Microtargeting und dem professionellen Aufbau von Basisbewegungen – den sogenannten Grassroots Operations.

Beide Strategien haben sich seit Beginn des Obama-Wahlkampfes 2008 enorm weiterentwickelt. Obwohl viel Geld in amerikanische Wahlkämpfe fließt, ist es von großer Bedeutung, mit den finanziellen Mitteln, Arbeitskräften und der Zeit ökonomisch sinnvoll zu wirtschaften, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen. Mit der Taktik des Microtargeting werden tatsächliche und potenzielle Wähler ganz gezielt über traditionelle und neue Medien angesprochen. Umfangreiche Datenbanken, die über Jahre hinweg aufgebaut wurden, und extra für den Wahlkampf entwickelte Apps ermöglichen zielgruppenspezifisches Marketing.

Das Microtargeting wird auch von den freiwilligen Helfern angewandt, die in amerikanischen Städten auf Wählerfang von Tür zu Tür gehen, um zu vermeiden, dass sie an den „falschen Türen“ klopfen. Auf dieses sogenannte canvassing werden die Freiwilligen intensiv vorbereitet und die korrekte Ansprache der Wähler wird trainiert.

Am Super Tuesday müssen die Kandidaten für das Präsidentschaftsamt gut abschneiden.

Die freiwilligen Wahlkampfhelfer stehen hinter der Partei und dem Kandidaten und kämpfen an der Basis für den Sieg. Daher ist die grundlegende Philosophie der Grassroots Operations die Bedeutung des Einzelnen. Denn eine einzelne Person kann mindestens vier Freunde und Bekannte in ihrer Nachbarschaft ansprechen und rekrutieren, diese wiederum können weitere vier Personen ansprechen, und so kommt der Schneeball ins Rollen.

Aus kostentechnischen, logistischen und datenschutzrechtlichen Gründen sind einige der hier vorgestellten US-Wahlkampfstrategien nicht direkt auf die Herkunftsländer der Teilnehmer der Studienreise übertragbar. Doch der gegenseitige Wissenstransfer und die gewonnenen Eindrücke regen an, Neues auszuprobieren und Wahlkämpfe interessanter zu gestalten. Eine passende Botschaft lässt sich schließlich überall auf der Welt formulieren.

→ Mit welchen Strategien und Methoden gewinnen Kandidaten in den USA ihre Wahlkämpfe?







„12 Jahre populistischer Politik hinterlassen der neuen Regierung Argentiniens ein schweres Erbe.“

#### Der Populismus schwächt

Daniel Scioli, Kandidat der regierenden Peronisten, unterlag dem oppositionellen Wahlbündnis Cambiemos. Zu diesem Bündnis gehören neben der konservativen Partei PRO von Mauricio Macri auch die Partei Unión por la Libertad (UpL). Das Ausbildungsinstitut der UpL (IDEAR) ist unser Stiftungspartner in Argentinien. Voraussetzung für den Wahlsieg war die erfolgreiche Koordinierung und der Zusammenschluss der Oppositionsgruppen zu einer Allianz.

#### Neuanfang für Argentinien – mit einem schweren Erbe

12 Jahre populistischer Politik hinterlassen der neuen Regierung ein schweres Erbe: hohe Inflation, Unterversorgung und Rückgang der Investitionen im Energiesektor, eine Zentralbank ohne Reserven, Zahlungsunfähigkeit im Ausland, hohe Regierungsausgaben und Steuerdefizite.

#### Der Erfolg der liberalen Ideen

Die in der neuen Regierung vertretene Partei Unión por la Libertad ist Teil des Netzwerkes Red por la Libertad („Netzwerk für die Freiheit“), in dem verschiedene Stiftungspartner und ihr nahestehende Institutionen aus ganz Argentinien zusammenarbeiten. Zusammen mit dem Netzwerk junger liberaler Argentinier (Jóvenes Argentinos Liberales) hat das Netzwerk mehrere erfolgreiche Projekte umgesetzt, bei denen sich auch Menschen engagierten, die gewöhnlich nicht an Parteipolitik interessiert sind. Zu diesen Projekten zählen innovative Videos des Think-Tank Libertad y Progreso, die in der Netzgemeinde sehr beliebt waren, und die Onlineseminare der Stiftung Fundación Bases, die ganz gezielt Jugendliche und junge Erwachsene ansprachen und damit auch in den traditionellen Medien Aufmerksamkeit erregten.

## Ende einer populistischen Irrfahrt: Neuanfang für Argentinien

Argentinien hat am 22. November 2015 einen neuen Präsidenten gewählt. Mit dem Sieg des Oppositionskandidaten Mauricio Macri über den Kandidaten der regierenden Peronisten Daniel Scioli endete die 12-jährige Regierungszeit von Nestor und Cristina Fernandez Kirchner. Im Vorfeld der Wahlen führte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mehrere Veranstaltungen mit ihren Stiftungspartnern und der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Themen wie Stärkung von Demokratie und Pressefreiheit durch.

#### Wahlbeobachter für transparente Wahlen

Außerdem engagierten sich Stiftungspartner dafür, dass die Wahlen geordnet abliefen. So war der Think-Tank Federalismo y Libertad an der Aufdeckung des Wahlbetrugs bei den Regionalwahlen in Tucumán im August beteiligt. Dadurch rückte das Thema „saubere Wahlen“ in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Unser Stiftungspartner Red Ser Fiscal nahm dabei eine entscheidende Rolle ein. Das landesweite Netzwerk von Bürgern, die sich als Wahlbeobachter für transparente Wahlen engagieren, beobachtete und analysierte den Ablauf der Wahlen in ganz Argentinien. Sogar Papst Franziskus würdigte den Verdienst dieser Organisation. Er lud einige der insgesamt 50.000 registrierten Mitglieder der Red Ser Fiscal und den Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zu einer Privataudienz im Vatikan ein.

Netzwerktreffen  
des Red por la Libertad



Libertad y progreso  
Videoclip



# Europas Zukunft im Comic: Animate Europe

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat zum zweiten Mal den internationalen Comicwettbewerb „Animate Europe“ veranstaltet. Den ersten Preis gewann die Baden-Württembergerin Nicole Knötig für ihren Comic „The Union“ im Brüsseler Comicmuseum.

Nicole Knötig erzählt, wie es zur Spaltung der Europäischen Union in einen reichen Nord- und einen armen Südtteil kommt. Ihre Geschichte thematisiert die Sorgen, die derzeit viele Europäer bewegen: Flüchtlingskrise, Finanzkrise, Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, wachsender Euroskeptizismus sowie das zeitlose Streben nach einem glücklichen Leben. „Auf acht Seiten vermag es Nicole Knötig, so zu fesseln, dass man sich wünscht, der Comic ginge noch weiter“, so die Jury. „Nicole Knötig überzeugt mit einem durchdachten Konzept und starken Charakteren. Ihre Geschichte bleibt haften und regt zum Nachdenken an.“ Nicole Knötig, die sich das Comiczeichnen selbst beigebracht hat, setzte sich im Wettbewerb auch gegen professionelle Zeichner durch.

Den zweiten Platz erhielt Bue Bredsdorff (Dänemark) für sein Comic-Gedicht „Europe 2065“, den dritten Domingo Pozanco Torrejón (Spanien) für seinen „Traum für Europa“, „in dem ‚Lampedusa‘ nicht für Tod steht, sondern für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft“. Mit seiner Protagonistin beschreibt der Spanier ein Europa der Bürger, ein Europa der Vielfalt, Partizipation und Menschlichkeit.

Der Zweitplatzierte –  
Bue Bredsdorff aus Dänemark



Diese Ideale wurden in diesem Jahr auf eine harte Probe gestellt. Ob Traiskirchen, Calais, Lesbos oder Brüssel, an vielen Orten Europas schossen Zeltstädte wie Pilze aus dem Boden. Hunderttausende Menschen durchquerten unseren Kontinent zu Fuß. Während Populisten versuchten, aus dem Schicksal der Ankommenden politisches Kapital zu schlagen, lösten Bilder aus Ungarn, aus Griechenland, aus

Italien eine selten gesehene Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft unter den Europäern aus; jedenfalls zunächst. Weitere Beiträge kamen von Sara Ferreira and Gisela Martins (Portugal, „Boundless“), Eva Hilhorst (Niederlande, „After the tempest“), Maran Hrachyan (Armenien, „Europe is a Human Being“) und Jenny Robins (Großbritannien, „EuropeLand“).

Nicole Knötig erhielt für ihr Comic „The Union“ den ersten Preis der internationalen Jury.



Der dritte Preis ging an Domingo Pozanco aus Spanien.

Animate Europe 2015  
Publikation



„Um in der Ukraine einen Durchbruch in Sachen gelebter Demokratie zu erreichen, müssen wir Millionen von Bürgern mobilisieren ...“



## Liberalismus in der Ukraine: Interview mit Stiftungspartner Anatoli Grizenko

Anatoli Pawlowitsch Grizenko ist Parteichef einer Partei, die sich seit ihren Anfängen 2010 glaubhaft Transparenz und Redlichkeit auf die Fahnen geschrieben hat, auch im Hinblick auf die eigene Parteifinanzierung. Anatoli Grizenko war der erste Verteidigungsminister nach der Orange Revolution und ist Autor eines nationalen Sicherheitskonzepts, das – nach Meinung international anerkannter Sicherheitsexperten – bis heute als „Modelldokument“ gilt. Zwar scheiterte seine Partei 2014 an der Fünfprozenthürde und Anatoli Grizenko selbst belegte bei der Präsidentschaftswahl 2014 nur den vierten Platz. Aber der „Bürgerposition“ gelang es 2015 in den Lokalwahlen, die Zahl ihrer kommunalen Abgeordneten von 87 auf 502 um mehr als das Fünffache zu erhöhen.

**Herr Grizenko, wie beurteilen Sie die Situation der besetzten Gebiete der Ukraine und die gegenwärtigen Lösungsansätze?**

Wenn die Minsker Vereinbarungen vom 11. Februar 2015 umgesetzt werden, verschwindet die Ukraine als Staat von der Landkarte und die europäische Sicherheit an sich wird in Frage stehen. Wir alle brauchen keine zeitweilige Anästhesie, sondern zuverlässigen Frieden und Sicherheit. Im Umgang mit der russischen Aggression und der Krise in der Ukraine ist zweierlei wichtig: erstens, zügige innenpolitische Reformen sowie eine effektive Korruptionsbekämpfung und die Stärkung der Streitkräfte. Zweitens, den fehlerhaften, ineffektiven und von Russland dominierten Minsk-Prozess durch Gespräche in neuem Format zwischen der Ukraine, Russland, den Vereinigten Staaten und der EU insgesamt zu ersetzen.

Wir brauchen in den EU-Mitgliedsstaaten wie in der Ukraine mehr fähige, glaubwürdige und verantwortungsbewusste Entscheidungsträger, um die russische Aggression richtig einzuordnen und zu stoppen, um unsere liberalen und demokratischen Werte und unser Lebensmodell zu retten.

**Herr Grizenko, wie unterscheidet sich Ihre Partei „Bürgerposition“ von anderen ukrainischen Parteien? Und wie bauen Sie und Ihre Mitstreiter die Partei auf?**

Wir bauen unsere Partei – und vereinigen in ihr Bürger – auf der Basis der Menschenrechte und Grundfreiheiten, betonen Transparenz und Verantwortung von staatlichen Autoritäten, freie Marktwirtschaft, den sparsamen Umgang mit Energie, die De-Oligarchisierung der ukrainischen Wirtschaft, der Politik und der Medien, eine starke Mittelklasse und Zivilgesellschaft.

**Sie waren kürzlich zum ersten Mal auf dem Kongress der „ALDE – Alliance for Liberals and Democrats in Europe“ in Budapest, bei dem liberale Politiker aus ganz Europa aufeinander treffen. Welche Rolle spielt internationale Kooperation für Sie?**

Wir sind sehr daran interessiert, die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zu vertiefen, die nicht nur unsere liberalen und demokratischen Werte teilen, sondern auch positive praktische Erfahrungen haben, wie sich diese Werte in reale Politik und im täglichen Leben umsetzen lassen. Niemand kann das Rad neu erfinden, deshalb wird solche Kooperation der Ukraine sicher helfen, den europäischen Weg – im Rahmen des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens – schneller zu gehen.

**Warum ist Liberalismus in der Ukraine wichtig?**

Um in der Ukraine einen Durchbruch in Sachen gelebter Demokratie zu erreichen, müssen wir Millionen von Bürgern mobilisieren, müssen es für sie möglich machen, ihre Energie, ihr Wissen tatsächlich einbringen und ihre Wünsche verwirklichen zu können. Das erreichen wir nur, wenn Menschen endlich als Bürger behandelt werden, wenn ihre Interessen, Rechte und Freiheiten von der Gesellschaft und vom Staat gleichermaßen respektiert werden. Anderenfalls werden die fähigsten Ukrainer weiter ihr Land verlassen und sich im Ausland verwirklichen.



Am 4. Juni 2015 fand in Brüssel die Veranstaltung „Europas geteilte Sicherheit und der Überlebenskampf der Ukraine“ statt.



# Mit starker Stimme für die Freiheit

Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, im Interview zum Stand der Neuausrichtung der Stiftungsarbeit

**Herr Dr. Gerhardt, welches Ziel verfolgt die Stiftung mit der Neuausrichtung?**

Die Freiheit hat weltweit noch nicht gewonnen. Freiheitliche Werte und Ideen werden in Deutschland, Europa und der Welt vielmehr zunehmend zurückgedrängt. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind aber die Grundpfeiler für ein friedliches Miteinander und Wohlstand; liberale Gesellschaften sind der Garant für ein selbstbestimmtes Leben. Freiheit bedeutet im Kern nicht, von der Gnade anderer abhängig zu sein, die stärker sind. Sie muss täglich irgendwo auf der Welt verteidigt und erkämpft werden. Für sie arbeitet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in rund 60 Ländern, für sie haben wir uns ein gutes Stück neu aufgestellt.

**Wie sehen diese neuen Wege aus?**

Um mit der Stimme für die Freiheit wieder mehr Menschen zu erreichen, müssen wir uns der gesamten Breite moderner Kommunikation bedienen. Zentraler Pfeiler im Jahr 2015 war entsprechend der Ausbau unserer Kommunikation, insbesondere unserer digitalen Kommunikation. Die Homepage der Stiftung wurde vollständig neu konzipiert, der Webshop modernisiert, ein Crossmedia-Zentrum aufgebaut, eine Strategie für die Auftritte der Stiftung in den sozialen Medien entwickelt, das Corporate Design überarbeitet und die regionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verstärkt.



**Dr. Wolfgang Gerhardt**  
Vorsitzender des Vorstandes  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Unser Magazin „liberal – Debatten zur Freiheit“ erscheint in komprimierter Form 6 Mal pro Jahr in deutlich erhöhter Auflage mit bis zu 250.000 Exemplaren – im Abonnement ist es kostenfrei. Dieser Ausbau, verbunden mit neuen Konzepten zur Zielgruppenarbeit und zum Netzwerkmanagement, ist die Voraussetzung, um gezielt deutlich mehr Menschen als bisher mit den politischen Bildungsangeboten und Kernthemen unserer Stiftung vertraut zu machen. Genau dies wollen wir 2016 erreichen.

**Widmet sich die Stiftung dabei auch neuen Themen?**

Das haben Liberale schon immer getan. Wir wollen dabei aber auch die Kernkompetenzen der Liberalen klar hervorheben. Vier Themenschwerpunkte – Bildung und Forschung, Soziale Marktwirtschaft, offene und digitale Gesellschaft sowie internationale Politik – werden bearbeitet. Wesentlicher Bestandteil ist die Digitalisierung – die Digitalisierung der Gesellschaft im Allgemeinen, aber auch speziell der Arbeitswelt oder des Unterrichts in Schulen. Digitalisierung ist nicht nur ein technologischer Sprung; sie wird unsere sozialen Beziehungen betreffen.

Der Schutz von persönlichen Daten und die Privatsphäre sind deshalb ständige Herausforderungen – urliberale Themen im modernen Gewand. Mit der früheren Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger haben wir eine vehemente Gegnerin der Vorratsdatenspeicherung im Vorstand: Sie ist der Kopf unserer 2015 initiierten Kampagne „freiheit digital“ gegen die Datensammelwut eines Staates, der Sicherheitsinteressen einseitig zulasten der Freiheitsrechte jedes einzelnen Bürgers ausspielt. Ein völlig anderes, aber ebenso aktuelles Thema greift unser stellvertretender Vorsitzender, der frühere Finanzminister Sachsen-Anhalts Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, unter dem Titel „Die gekniffene Generation“ mit den Folgen einer alternden Gesellschaft auf. Wie mit dem demografischen Wandel erfolgreich umgegangen werden könnte, ist eines seiner Themen. Die entscheidende Frage für unsere Stiftung ist bei alten wie neuen Themen, welche Stärken man braucht, um aus Risiken Chancen zu machen.

Wirklichkeitsflucht ist für uns kein Rettungsweg; wir ermutigen Menschen, wir trauen ihnen etwas zu. Es geht um Spielräume für die Zukunft der nachfolgenden Generationen, in denen sie ihr Leben freiheitlich gestalten können.



**Prof. Dr. Jürgen Morlok**  
Vorsitzender des Kuratoriums  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Die Stiftung für die Freiheit im Wandel

Zu den Sitzungen im Dezember, die anlässlich des 70. Geburtstages des Kuratoriumsvorsitzenden Prof. Dr. Jürgen Morlok in Karlsruhe stattfanden, sprach unter anderem Prof. Dr. Andreas L. Paulus, Richter des Bundesverfassungsgerichts, über Grundrechte im Internetzeitalter.

### Bericht des Kuratoriums zur Gremienarbeit 2015

Die Gremien der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit leiteten 2014 institutionelle Reformen sowie eine Neuausrichtung der Stiftungsarbeit in Deutschland ein. Im Jahr 2015 begleiteten das Kuratorium und seine beiden Ausschüsse Programm und Finanzen in ihren jeweils drei Tagungen den Vorstand und die Geschäftsführung intensiv bei der Initiierung und Umsetzung der Veränderungsprozesse. Zentral waren dabei die Beratungen zu den einzelnen Maßnahmen zur Neuausrichtung und der dafür notwendigen Finanzausstattung sowie zum Veranstaltungsprogramm 2016, das die vier neuen Themenschwerpunkte in innovativen Formaten umsetzt.

Darüber hinaus befasste sich das Kuratorium eingehend mit den Entwicklungen im internationalen Bereich, insbesondere der Stiftungsarbeit in krisenhaften Regionen, der Fortentwicklung der Auslandsstrategie und der Einrichtung eines internationalen Journalisten- und Mediendialogprogramms. Auch die Positionierung zur Migrations- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa waren Gegenstand der Beratungen.

Zusätzliche Expertise in die Diskussion brachten dabei die Gastredner der traditionellen Kuratoriumsvorabende ein: Stefan Kapferer stellte als Stellvertretender Generalsekretär die Herausforderungen für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vor.

Zu Ehren des 70. Geburtstages des Vorstandsmitglieds Dr. Wolf-Dieter Zumpfort referierte der Stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki über das Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit im politischen Tagesgeschäft.

Nicht zuletzt unterstützte das Kuratorium die Neuordnung der Arbeitseinheiten: Seit September 2015 arbeitet die Stiftung auf der Grundlage einer neuen Organisationsstruktur sowie wesentlich optimierter interner Arbeitsprozesse. Das Kuratorium selbst verkleinert sich bis Ende 2016 von 29 auf 21 Mitglieder; Ende 2015 gehörten ihm 25 Mitglieder vornehmlich aus den Bereichen Politik, Medien, Wissenschaft, Marketing, mittelständische Unternehmen und Kultur an.

### Überblick über das Kuratorium

**Vorsitzender:**

Prof. Dr. Jürgen Morlok

**Ehrevorsitzender:**

Dr. h. c. Walter Scheel

**Stellvertretende Vorsitzende:**

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss und Liane Knüppel

**Weitere Mitglieder:**

Christel Augenstein, Dr. Gisela Babel (bis 19.12.2015), Dr. h.c. Hinrich Enderlein, Richard Fudickar, Prof. Dr. Helmut Haussmann, Dr. Peter Jeutter, Detlef Kleinert, Karl-Ulrich Kuhlo, Alexander Graf Lambsdorff MdEP, Heinz Lanfermann, Christian Lindner MdL, Michael Georg Link, Dr. Anita Maaß, Gisela Piltz, Walter Rasch, Dr. Horst Rehberger, Hermann Rind, Dr. Fritz Schaumann, Renate Schneider, Dr. Hermann Otto Solms, Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Ruth Wagner, Joachim Werren

# Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert.

Ihre gemeinsame Erklärung ist Standortbestimmung, Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich. Die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern, der Bundespartei Bündnis 90/ Die Grünen und der Partei Die Linke nahe stehenden politischen Stiftungen.

Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenschaftstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.



## Im politischen Dialog in über 60 Ländern der Erde

A Albanien · Ägypten · Algerien · Argentinien · Armenien · Aserbaidschan B Bangladesch · Belgien · Bhutan · Bosnien Herzegowina · Brasilien · Bulgarien C Costa Rica D Dänemark · Deutschland E Elfenbeinküste · Estland F Finnland · Frankreich G Georgien · Griechenland · Guatemala H Honduras I Indien · Indonesien · Irland · Israel und palästinensische Autonomiegebiete · Italien J Jordanien K Kambodscha · Kanada · Kasachstan · Kenia · Kirgisistan · Kosovo · Kroatien L Lettland · Libanon · Libyen · Litauen · Luxemburg M Malaysia · Mali · Malta · Marokko · Mazedonien · Mexiko · Moldau · Montenegro · Myanmar N Nepal · Nicaragua · Niederlande · Nordkorea O Österreich P Pakistan · Paraguay · Philippinen · Polen · Portugal R Rumänien · Russland S Schweden · Senegal · Serbien · Spanien · Simbabwe · Slowenien · Slowakische Republik · Sri Lanka · Südafrika · Südkorea · Syrien T Tadschikistan · Tansania · Thailand · Tschechische Republik · Tunesien · Türkei U Ukraine · Ungarn · Usbekistan V Vereinigte Staaten von Amerika · Vereinigtes Königreich · Vietnam W Weißrussland Z Zypern

**Die Regionalbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Deutschland**

Berlin-Brandenburg · Gummersbach · Hannover · Lübeck · Mitteldeutschland · München · Stuttgart · Wiesbaden

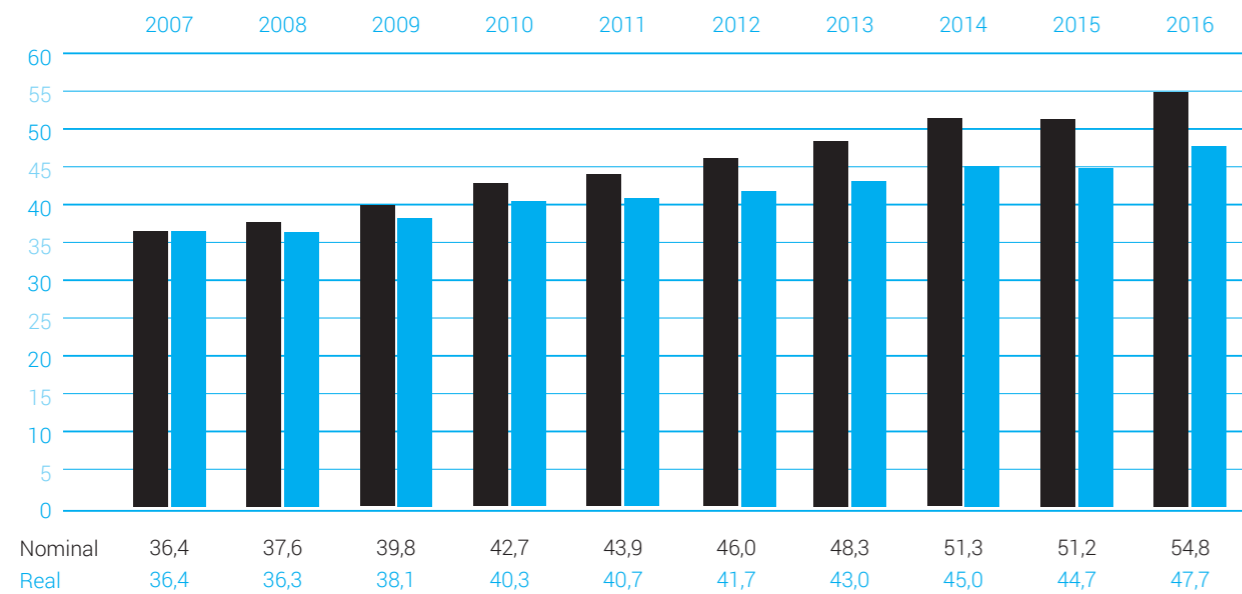


# Die finanziellen Mittel der Stiftung

Die Zuwendungen von Bund und Ländern an die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sind in den letzten neun Jahren nominal um insgesamt 40,6 % gestiegen, aber real nur um 22,8 %.

Das Volumen der im Jahre 2015 verfügbaren finanziellen Mittel lag damit unter Einbeziehung der Inflationsraten um 8,3 Mio. € über dem des Jahres 2007.

Die Entwicklung der Bundes- und Landeszuwendungen 2007–2015 (2016 = Plan)

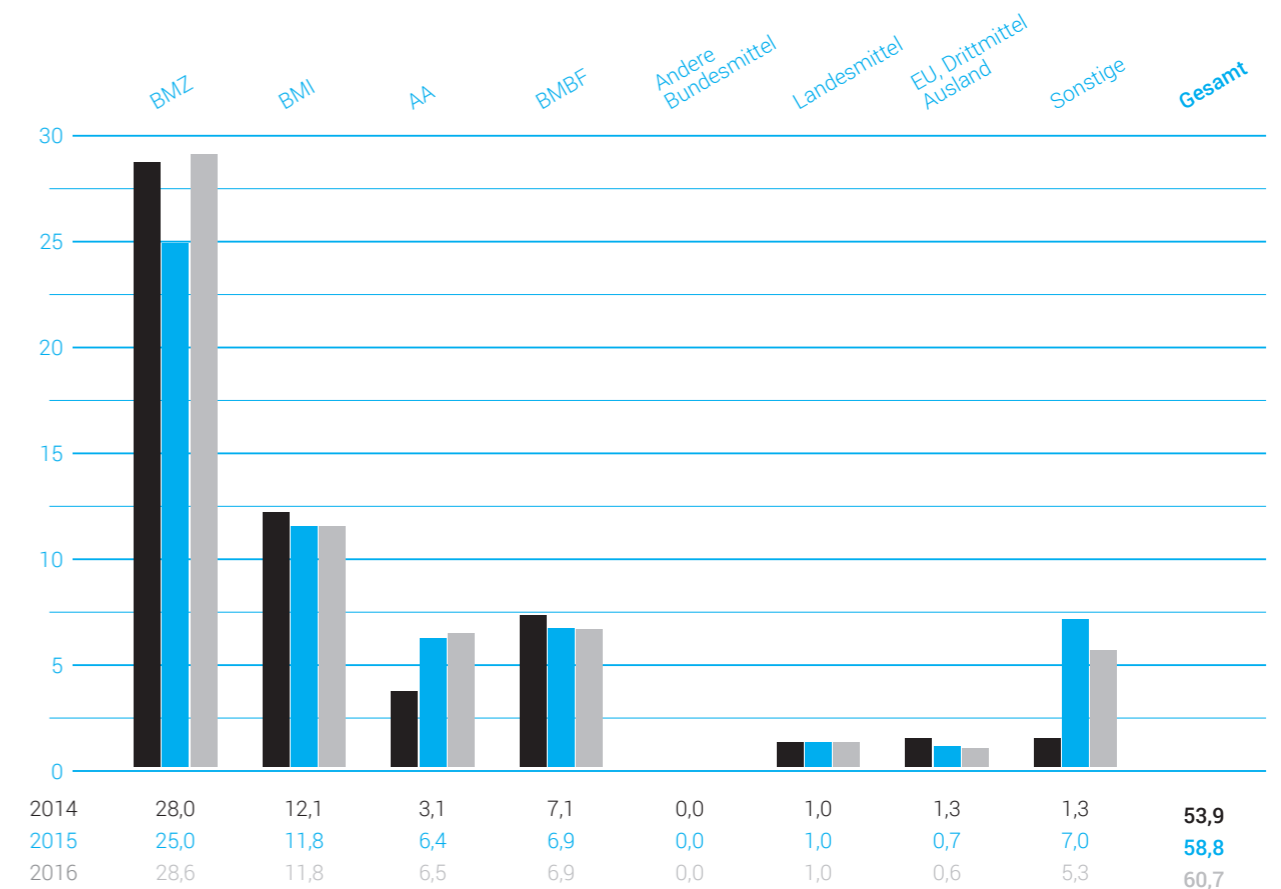


Angaben in Mio. €

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erzielte im Haushaltsjahr 2015 Einnahmen in Höhe von 58,8 Mio. €. Davon bezog sie – gemäß ihrem Aufgabenschwerpunkt – 42,5 % der Mittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Gegenüber 2014 bedeutet dies eine Reduzierung der Einnahmen um 3,0 Mio. €. Der Anteil der Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern betrug 20,1 % und lag damit bei 11,8 Mio. €. Die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Mio. €. Der Anteil an den Gesamteinnahmen betrug 10,9 %. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bereitgestellten Mittel beliefen

sich auf 11,7 % der Gesamteinnahmen. Die Landesmittel mit 1,7 % der Gesamteinnahmen veränderten sich im Jahresvergleich nicht und lagen wie im Vorjahr bei insgesamt 1,0 Mio. €. Die Zuwendungen der EU und anderer betrugen 0,7 Mio. €, das entspricht 1,2 % der Gesamteinnahmen. Sie lagen somit um 0,6 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Die sonstigen Einnahmen mit 11,9 % erhöhten sich von 1,3 Mio. € auf 7,0 Mio. €.

Die Zusammensetzung der Einnahmen 2014 / 2015 (2016 Plan)



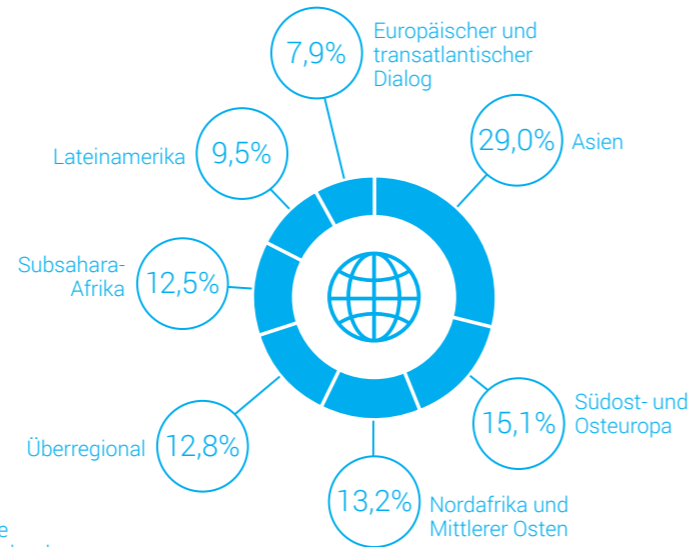
Angaben in Mio. €

## Quellennachweis der Gesamteinnahmen

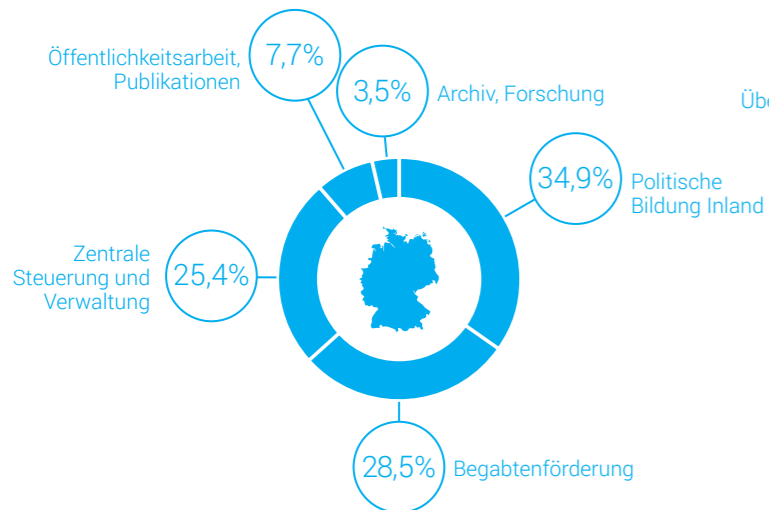


# Die Aufteilung der Mittel

Die Aufteilung der Mittel weltweit



Aufteilung der Mittel in Deutschland nach Aufgaben



Politische Bildung Inland	9,9	8,8	Asien
Begabtenförderung	8,1	4,6	Südost- und Osteuropa
Zentrale Steuerung und Verwaltung	7,2	4,0	Nordafrika und Mittlerer Osten
Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen	2,2	3,9	Überregional
Archiv, Forschung	1,0	3,8	Subsahara-Afrika
		2,9	Lateinamerika
		2,4	Europäischer und transatlantischer Dialog
<b>Gesamt</b>	<b>28,4</b>	<b>30,4</b>	<b>Gesamt</b>



## Aufgabenfelder in Deutschland

Im Jahre 2015 umfassten die im Inland ausgegebenen Mittel 28,4 Mio. €. Dieser Betrag entsprach 48,3 % der Gesamteinnahmen. Die Aufwendungen für die zentrale Steuerung einschließlich der Planung und Steuerung der Auslandsarbeit sowie für die Verwaltung der Infrastruktur beliefen sich in 2015 auf 12,24 % der Gesamteinnahmen.

## Einsatzgebiete weltweit

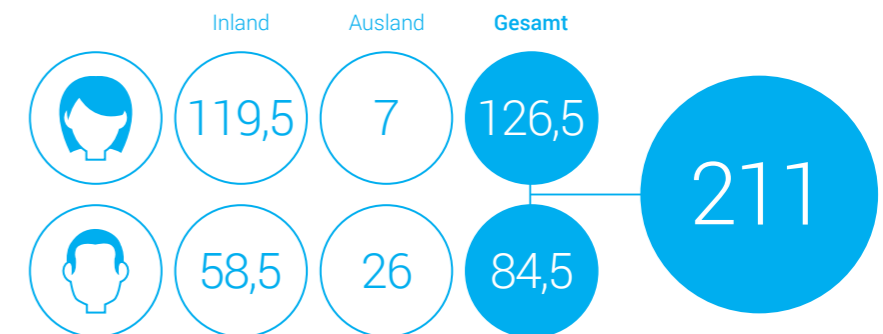
Der Finanzmitteleinsatz in Höhe von insgesamt 30,4 Mio. € entsprach 51,7 % der Gesamteinnahmen. Das als „überregional“ bezeichnete Segment beinhaltet die Aktivitäten der Internationalen Akademie für Führungskräfte sowie internationale Besuchsprogramme und Konferenzen.

# Mitarbeiter

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist ein attraktiver Arbeitgeber. 211 Kolleginnen und Kollegen arbeiten im In- und Ausland für die Freiheit – dazu kommen

noch viele Projektmitarbeiter in aller Welt. Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie unter: [freiheit.org/content/jobs](http://freiheit.org/content/jobs)

Anzahl der Mitarbeiter im In- und Ausland 2015

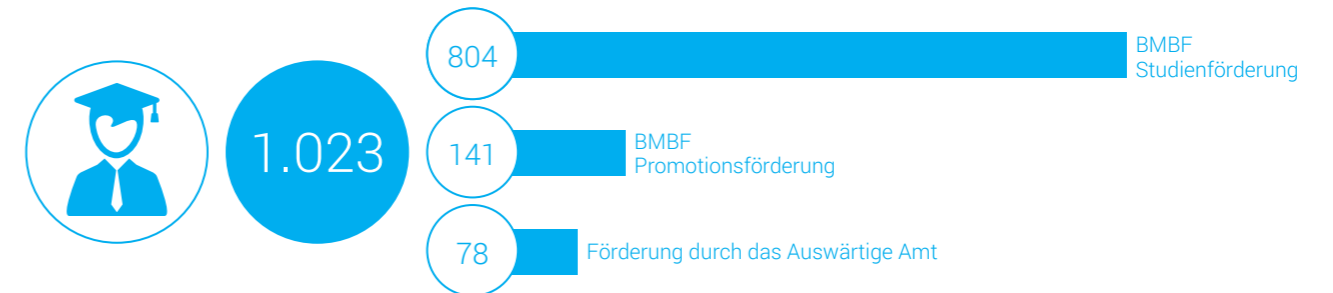


# Begabtenförderung

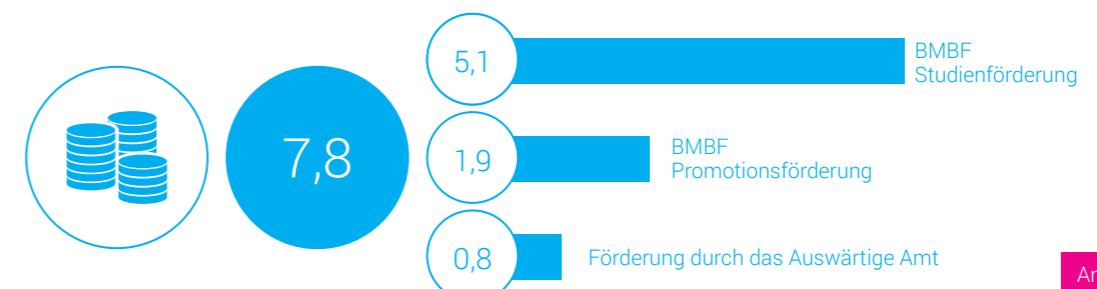
Die Begabtenförderung erhielt 2015 etwas über 7,8 Mio. € für die Förderung von deutschen und ausländischen Studierenden und Promovierenden. Insgesamt wurden 1.023 Sti-

pendiaten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF mit 7.011.153 €) und des Auswärtigen Amtes (AA mit 810.368 €) gefördert.

Anzahl der Stipendiaten 2015



Verteilung der Mittel 2015



Angaben in Mio. €

# Das Geschäftsjahr 2014

Aktiva		Passiva	
	Stand am 31.12.14 €	Stand am 31.12.13 €	
<b>Anlagevermögen</b>			<b>Eigenkapital</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	322.558,00	416.322,00	Stiftungskapital
Sachanlagen	14.217.179,90	14.919.496,90	Rücklagen
Finanzanlagen	1.091.471,62	1.076.714,54	Umschichtungsergebnisse
<b>Gesamt</b>	<b>15.631.209,52</b>	<b>16.412.533,44</b>	Ergebnisvortrag
			<b>Gesamt</b>
			<b>8.837.997,13</b>
			<b>9.185.397,56</b>
<b>Umlaufvermögen</b>			
Vorräte	22.600,00	24.200,00	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	707.903,06	827.144,72	
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.489.297,58	3.194.851,97	
<b>Gesamt</b>	<b>6.219.800,64</b>	<b>4.046.196,69</b>	
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>31.709,77</b>	<b>30.012,80</b>	
<b>Gesamt</b>	<b>21.882.719,93</b>	<b>20.488.742,93</b>	
<b>Aufwendungen</b>			<b>Erträge</b>
	2014 €	2013 €	
Satzungsgemäße Tätigkeit, Projektaufwendungen	35.473.265,54	35.089.445,04	Zuwendungen und Zuschüsse
Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter	9.204.308,36	9.263.532,63	Einnahmen aus Spenden
Sachaufwendungen	5.295.111,89	5.366.525,72	Teilnehmerbeiträge
Sonstige Aufwendungen	1.473.596,59	891.563,91	Sonstige Einnahmen und Erträge
Außerordentliche Ausgaben und Aufwendungen	4.651,00	1.040,00	Außerordentliche Einnahmen und Erträge
<b>Gesamt</b>	<b>51.450.933,38</b>	<b>50.612.107,30</b>	Einstellungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen
Jahresfehlbetrag	-357.550,43	-208.329,27	
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	9.024.407,90	9.228.119,95	
Einstellungen in den Posten Umschichtungsergebnisse	-1.674,73	6.169,95	
Einstellungen in die Ergebnisrücklagen (Kapitalerhaltungsrücklagen)	-2.068,36	-1.552,73	
<b>Ergebnisvortrag</b>	<b>8.663.114,38</b>	<b>9.024.407,90</b>	

Gemäß der Empfehlung der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 wurde der Jahresabschluss 2014 nebst ergänzenden Angaben am 10.11.2015 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2016 zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

### I. Einnahmen

	€
<b>1. Zuwendungen und Zuschüsse</b>	
Zuwendungen der Bundesministerien	53.846.927,00
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	970.223,00
Sonstige Zuwendungsgeber	646.227,00
<b>2. Spenden</b>	19.000,00
<b>3. Teilnehmergebühren</b>	380.815,00
<b>4. Sonstige Einnahmen</b>	4.874.677,00
<b>Gesamt</b>	<b>60.737.869,00</b>

### II. Ausgaben

	€
<b>1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben</b>	
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	-6.605.011,00
Förderung von Studenten und Graduierten	-4.614.921,00
Internationale Zusammenarbeit <sup>1</sup>	-31.552.914,00
Öffentlichkeitsarbeit	-1.971.155,00
<b>2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter</b>	-11.707.250,00
<b>3. Sachaufwendungen</b>	
Geschäftsbedarf	-2.677.055,00
Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden	-1.149.353,00
Übrige Aufwendungen	-116.700,00
<b>4. Ausgaben für Investitionen</b>	-343.510,00
<b>Gesamt</b>	<b>-60.737.869,00</b>

### III. Voraussichtliches Jahresergebnis

	€
	<b>0,0</b>

<sup>1</sup> inkl. unmittelbar zuzurechnender Personalkosten für Auslandsmitarbeiter

# Danksagung an Stifter, Spender und Sponsoren

Mit Ihrer Hilfe tun wir Gutes! Ihre Zuwendungen ermöglichen die Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Aufgaben unserer Stiftung. Nur die Steigerung dieses privaten Finanzierungsanteils führt zu mehr Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen, und somit zu einer unabhängigeren Arbeit der Stiftung. Dafür möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Unterstützen Sie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Ihrer Zustiftung zum Stiftungskapital oder mit einer einmaligen Spende zur Aufgabenfinanzierung: Mit einer Zustiftung tun Sie auf Dauer Gutes. Denn die gesamten aus dem Stiftungskapital einschließlich Ihrer Zustiftung erwirtschafteten Zinsen tragen zeitlich unbefristet und in vollem Umfang zur Finanzierung unserer satzungsgemäßen Aufgaben bei. Eine Spende wirkt einmalig und unmittelbar zur Aufgabenfinanzierung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie als „Stifter“ oder als „Spender“ die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützen wollen, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzbare Bestätigung. Über weitere Einzelheiten beraten wir Sie gern. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzbare Bestätigung.

## Spendenkonto

Commerzbank Berlin  
IBAN: DE12 1004 0000 0266 9661 04  
BIC: COBADEFFXXX

## Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit  
Truman-Haus  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam-Babelsberg  
info@freiheit.org

## Verantwortlich

Boris Eichler  
Leiter Fachbereich Kommunikation

## Redaktion

Doris Bergmann  
Johanna Gabriel

## Koordination

Martina Schäfer  
COMDOK GmbH

## Gestaltung

kopf-an-koepfe.de

## Bildnachweis

Seite 12: Picture-Alliance  
Seite 16: deGUT/André Wagenzik  
Seite 18: Bea Uhart/flickr  
Seite 21: ddp images  
Seite 22: Hannibal  
Seite 24: ddp images  
Seite 30: Kiron Open Higher Education/Victor Strasse  
Seite 38: KUKKO Werkzeugfabrik  
Kleinbongartz & Kaiser oHG  
Seite 41: Fotolia  
Seite 42: ddp images  
Seite 44: ddp images  
Seite 56: F.A.Z.-Foto/Christian Schubert  
Seite 60: Picture-Alliance  
Seite 62: ddp images  
Seite 63: ddp images  
Seite 64: Picture-Alliance

Alle anderen Fotos  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit